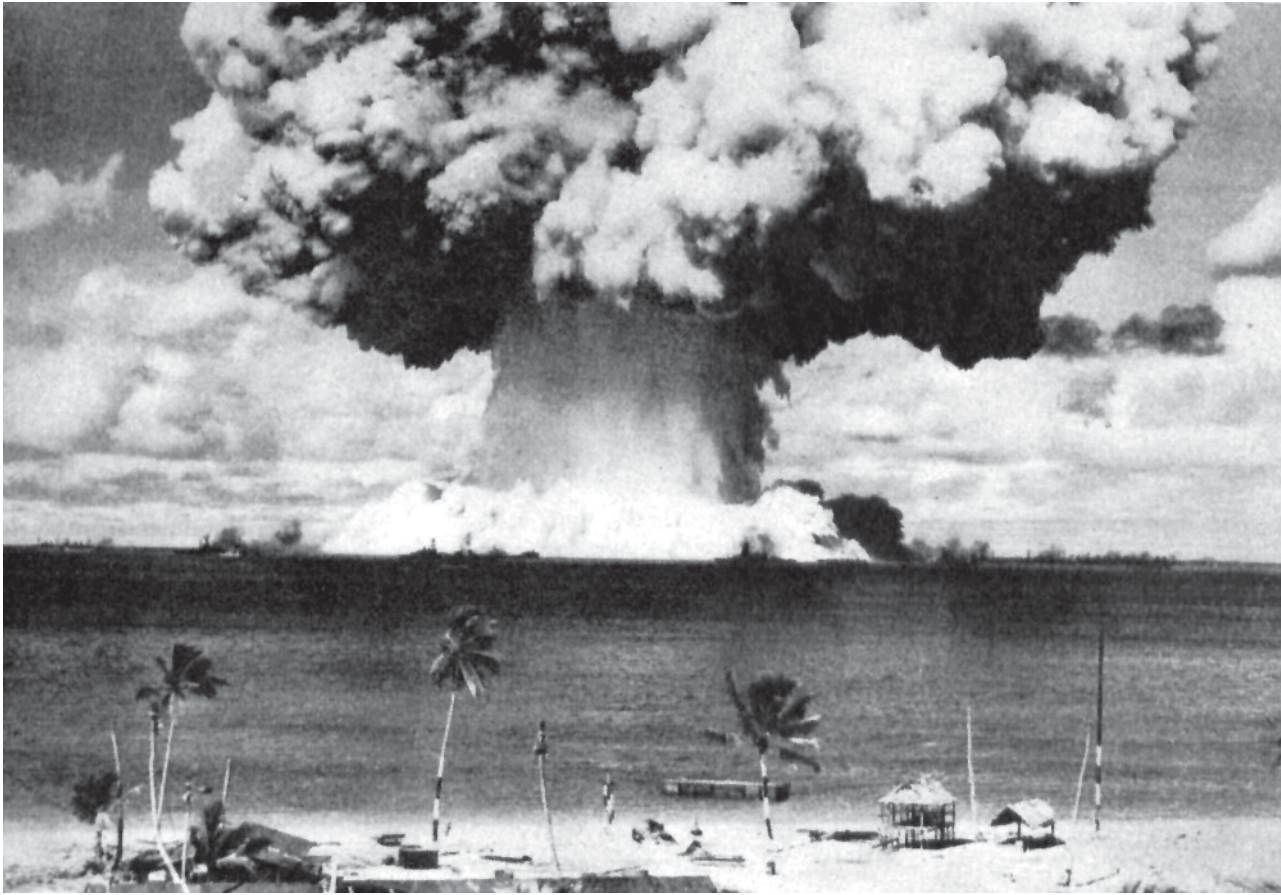


Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



Ein Jahr nach den Atombomben-Abwürfen über Hiroshima und Nagasaki: Die Gewässer von Bikini im Pazifik sind Schauplatz von Atomwaffen-Tests, die von den USA im Juli 1946 der Welt die kriegsmässige Bedeutung ihrer Erfindung vor Augen führen sollten.

Vor 50 Jahren: Das Einstein-Russell-Manifest

Lernen, anders zu denken

In den Monaten vor Albert Einsteins Tod am 18. April 1955 galten die Bemühungen des Wissenschafters insbesondere einem Problem, das ihm vor allen andern viele Jahre hindurch am Herzen gelegen war: die Abschaffung der Kriege und vor allem die Verhinderung eines Atomkrieges. Gemeinsam mit Lord Bertrand Russell entwarfer in einem längeren Briefwechsel ein Antikriegsprojekt, das er sieben Tage vor seinem Tod mit seiner Unterschrift besiegelte. Mit weiteren acht Unterschriften namhafter Wissenschaftler versehen, wurde es am 9. Juli 1955 von Russell in London vorgestellt und bald als Einstein-Russell-Manifest weltweit bekannt.

Von Albert Einstein und Bertrand Russell

In der heutigen für die Menschheit so tragischen Situation sehen wir es als Pflicht der Wissenschaftler an, eine Konferenz einzuberufen, um die unheil drohende Entwicklung der Massenvernichtungswaffen zu erörtern und eine Resolution im Sinne des hier beigefügten Entwurfs zu erwägen.

Wir sprechen hier nicht als Vertreter unserer Nationen, Kontinente oder Glaubensbekenntnisse, sondern als Mitglieder der menschlichen Rasse, deren Fortleben gefährdet ist.

Die Welt ist von Konflikten zerrissen; aber alle kleineren Konflikte werden von dem gigantischen Kampf zwischen Kommunismus und Antikommunismus in den Schatten gestellt.

Fast jeder politisch Denkende hat starke persönliche Meinungen über das eine oder andere der sich daraus ergebenden strittigen Probleme. Dennoch möchten wir die Hoffnung aussprechen, dass Sie diese Ansichten für den Augenblick vergessen und sich nur als Mitglied einer biologischen

Gattung zu betrachten vermögen, die eine bemerkenswerte Geschichte hinter sich hat und deren Verschwinden keiner von uns wünschen kann.

Wir wollen kein einziges Wort sagen, das nur an eine und nicht an beide Seiten des Konflikts gerichtet wäre. Wir sind alle gleichermassen in Gefahr. Aber sobald wir uns dieser Gefahr bewusst sind, besteht die Hoffnung, dass wir sie in vereintem Kampf zu bannen vermögen.

Wir müssen lernen, anders zu denken als bisher. Wir dürfen nicht mehr fragen: welche Schritte müssen wir ergreifen, um unserer Seite den militärischen Sieg zu sichern? Denn solche Schritte gibt es nicht mehr. Vielmehr müssen wir uns fragen: welche Schritte führen zur Vermeidung eines militärischen Konflikts, dessen Ende für alle Beteiligten katastrophal sein müsste?

Die breite Öffentlichkeit und selbst die offiziellen Machthaber haben noch nicht begriffen, was ein Kernwaffenkrieg wirklich bedeuten würde. Im allgemeinen denkt man immer noch in alten Begriffen, wie der Zerstörung einzelner Städte. Man weiss, dass die neuen Bomben kraftvoller

sind als die früheren; dass, während eine Atombombe Hiroshima zerstörte, eine Wasserstoffbombe die grössten Städte, wie zum Beispiel London, New York oder Moskau, vernichten könnte.

Gewiss würden Grosstädte in einem Wasserstoffbombenkrieg untergehen. Aber das wäre ein verhältnismässig geringfügiger Teil der Katastrophe. Selbst wenn alle Einwohner Londons, New Yorks und Moskaus umkämen, würde sich die Welt in einigen Jahrhunderten von dem Schlag erholen. Wir wissen jedoch, besonders seit dem Bikini-Test, dass Nuklearbomben in einem langsamen Prozess weit grössere Gebiete zerstören können, als ursprünglich angenommen worden war.

Sachverständige haben erklärt, dass jetzt eine Bombe hergestellt werden kann, deren Zerstörungsgewalt 2'500 mal so gross ist wie die der Atombombe, die Hiroshima vernichtet hat.

Wird eine solche Bombe in Erdnähe oder unter Wasser explodiert, steigen die radioaktiven Partikel in die oberen Luftschichten auf. Dann fallen sie allmählich in Form von tödlichem Staub oder Regen zur Erde. Es war solcher radioaktiver Staub, der die japanischen Fischer und ihre Beute vergiftet hat.

Niemand weiss die Grösse der Fläche, über die die tödlichen radioaktiven Partikel verstreut würden, aber die besten Sachverständigen sagen übereinstimmend, dass ein Wasserstoffbombenkrieg das Ende der

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

28. Jahrgang
Nr. 2 – 2005
Solidaritätsbeitrag: Fr. 1.–

Aus dem Inhalt

Das zweite nukleare Zeitalter: Nichts dazugelernt	2
Radeln und marschieren für die atomare Abrüstung	3
Palästinensische Frauen in Israel	4
Washingtons unterschiedliche Terroristen-Ellen	5
16. Weltfestspiele: Eine andere Welt ist möglich	6
Otto Steiger zum Gedenken	7
SFB-Jahrestagung: Wechsel im SFB-Sekretariat	8

Liebe Leserinnen Liebe Leser

Am 6. und 9. August 2005 jähren sich die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki zum 60. Mal. In aller Welt werden sich zu diesem Datum hin Menschen gegen den atomaren Rüstungsirrsinn zur Wehr setzen. Bereits fand anfangs Mai während der nun gescheiterten Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York eine erste Kundgebung von über 40'000 Menschen statt. Organisiert wurde sie von den «Bürgermeistern für Frieden», die auf Initiative der Stadtpräsidenten von Hiroshima und Nagasaki einen rationalen Fahrplan zum Erreichen einer atomwaffenfreien Welt im Jahr 2020 vorschlagen und dazu auch einen Modellentwurf für einen entsprechenden Vertrag vorlegen können (UW 3/04).

An dieser Stelle sei an einen andern Vertragsentwurf erinnert, den die Sowjetunion im Mai 1946, vor bald 60 Jahren also, der UNO unterbreitet hatte:

«Artikel 1: Die hohen vertragsschliessenden Parteien bekräftigen feierlich ihren einmütigen Entschluss, die Herstellung und Verwendung von Waffen, die auf der Verwendung von Atomenergie beruhen, zu verbieten, und verpflichten sich, zu diesem Zwecke nachstehende Verpflichtungen einzuhalten: 1. in keinem Fall Atomwaffen zu verwenden; 2. die Herstellung und Lagerung von Waffen, die auf der Verwendung der Atomenergie beruhen, zu verbieten; 3. innerhalb einer

Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten der gegenwärtigen Konvention alle Lager, halbferigen und fertigen Atomwaffen zu zerstören.

Artikel 2: Die hohen vertragsschliessenden Parteien erklären, dass die Verletzung des ersten Artikels dieser Konvention das grösste internationale Verbrechen gegen die Menschheit darstellt.»

Dieser einfache Weg des Verbotes einer bestimmten Waffe, den zum Beispiel auch die beiden historischen Haager Konferenzen gewählt hatten, wurde bekanntlich verworfen. Resultat: Heute existieren weltweit an die 30'000 atomare Geschosse.

Die Toten von Hiroshima und Nagasaki mahnen: Nie wieder! Dazu braucht es ein anderes Denken, wozu uns die beiden genialen Friedenskämpfer Albert Einstein und Lord Bertrand Russell schon vor 50 Jahren aufgefordert haben. Und es braucht Wachsamkeit und Widerstand gegen alle Versuche, nukleare Kriege in die Machbarkeits-Szenarien der Militärstrategen aufzunehmen. In diesem Sinne dokumentieren wir in der vorliegenden Nummer von UNSERE WELT nicht nur das Einstein-Russell-Manifest und einen Artikel von Bernard Lown, dem Mitbegründer der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, sondern auch geplante Aktionen, an denen Sie sich selbst beteiligen können.

Redaktion UNSERE WELT

Wir sind immer billiger, oder:

Ich bin doch nicht blöd

Mit diesen und anderen intelligenten Werbeslogans versuchen gewisse Discounter die Nachfrage für ihr Angebot zu steigern und uns in ihre Läden zu locken. Würde das marktfreieitliche Prinzip konsequent auch auf friedenspolitischen Anliegen angewendet, wäre der Erfolg garantiert. Frieden ist immer billiger als Krieg und eigentlich findet kaum jemand den Frieden blöd.

Es gibt jedoch Ausnahmen. Die Bush-Administration hat sich kürzlich ihr Kriegsbudget für das laufende Jahr auf fast 500 Milliarden Dollar (500'000'000'000.00 US\$) aufstocken lassen. Unser Schweizer Kriegsminister hat für Aufrüstung und NATO-Anpassung im Jahr 2005 soeben rund 1,5 Milliarden Franken zusätzlich erhalten.

Im Vergleich dazu benötigt die Schweizerische Friedensbewegung für ihre Tätigkeit und die Herausgabe von vier Ausgaben UNSERE WELT lediglich 50'000 Franken im Jahr. Der Unterschied liegt nicht nur in der Preisdifferenz. Während die Kriegstreiber ihre Säcke mit Steuergeldern füllen sind wir auf freiwillige Spenden angewiesen.

Dieser Ausgabe liegt deshalb ein Einzahlungsschein bei (Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7). Wir bitten Sie in unserem Friedensgeschäft grosszügig einzukaufen. Er ist wirklich billiger zu haben der Frieden, wir sind doch nicht blöd!

Ruedi Moser, SFB-Sekretär

Fortsetzung von Seite 1
menschlichen Rasse bedeuten könnte. Sie befürchten, dass die Anwendung vieler Wasserstoffbomben den univ-ersellen Tod bringen würde – für eine Minderheit der Menschen den sofortigen Tod, für die Mehrheit aber lang-wieriges Siechtum und qualvollen Verfall.

Hervorragende wissenschaftliche und militärische Autoritäten haben vielfache Warnungen geäussert. Kei-ner dieser Sachverständigen behaup-tet, dass die allerschlimmsten Folgen sicher seien. Aber alle halten sie für möglich. Soweit ich es sehe, sind ihre Meinungen in keiner Weise von politi-schen Überzeugungen und Vorurtei-len gefärbt; sie reflektieren aus-schliesslich das objektive Wissen die-ser Männer. Und wir haben beobach-tet, dass jene, die am meisten wissen, die pessimistischsten Voraussagen machen.

Darum legen wir Ihnen die Frage vor, eine Frage von harter, unau-sweichlicher Grauenhaftigkeit: wollen wir die Menschenrasse oder den Krieg abschaffen? Diese Alternative wollen die Menschen nicht sehen, weil die Abschaffung des Krieges so schwierig ist.

Abschaffung des Krieges fordert unliebsame Einschränkungen der na-tionalen Souveränität. Aber das Ver-ständnis der Situation wird am meis-ten erschwert durch den vagen und abstrakten Charakter des Begriffs «Menschheit». Die Menschen wollen nämlich nicht begreifen, dass sie selbst, ihre Kinder und Kindeskin-der gefährdet sind – und nicht nur ferne Mitglieder einer «Menschheit». Sie können es nicht begreifen, dass sie selbst und ihre Nächsten sich der un-mittelbaren Gefahr qualvollen Todes gegenüberfinden. Und vielleicht den-ken sie, man könne weiter Kriege füh-ren, wenn nur ein Verbot der moder-nen Waffen erzielt werden könnte.

Diese Hoffnung ist trügerisch. Kein während des Friedens geschlossenes Abkommen gegen die Anwendung der Wasserstoffbombe würde in ei-nem Krieg als bindend angesehen werden. Beide Seiten würden sofort nach Kriegsausbruch Wasserstoff-bomben herstellen; denn wenn eine der beiden Seiten darauf verzichtete, wäre der Sieg der Gegenseite automa-tisch gesichert.

Ein vertraglich festgelegter Ver-zicht auf Kernwaffen, als Teil einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung, würde keine endgültige Lösung, aber in verschiedener Beziehung einen Fortschritt bringen:

Erstens: Jedes Abkommen zwi-schen Ost und West ist nützlich, da es die bestehende Spannung zu verrin-gern strebt.

Zweitens: Würde jede der beiden Seiten annehmen, die andere habe das Abkommen über die Abschaffung der thermonuklearen Waffen ehrlich er-füllt, so würde ein solches Abkommen die Furcht vor einem Überraschungs-angriff im Stil von Pearl Harbor redu-zieren – eine Furcht, die gegenwärtig beide Seiten in nervöser Hochspan-nung hält. Wir sollten darum ein sol-ches Abkommen begrüssen, wenn auch nur als ersten Schritt.

Die meisten unter uns sind innerlich nicht neutral. Aber wir müssen verste-hen, dass die Entscheidung der Streit-fragen zwischen Ost und West – soll sie jedermann zufriedenstellen, sei er Kommunist oder Antikommunist, Asiate, Europäer oder Amerikaner, schwarz oder weiss – auf dem Weg des Krieges nicht möglich ist. Möge man dies sowohl im Osten als auch im Westen einsehen.

Vor uns liegt, wenn wir es nur wol-len, die Möglichkeit ununterbroche-nen Fortschrittes zu Glück, Wissen, Weisheit. Sollen wir statt dessen den Tod wählen, weil wir unsere Streite-reien nicht vergessen können? Als Menschen rufen wir die Menschen auf: denkt an euer Menschentum – und vergesst alles andere. Seid ihr dessen fähig, ist der Weg zu einem neuen Paradies offen; bringt ihr es nicht zuwege, riskiert ihr den Tod al-ler.

Wir bitten den [einzuberufenden] Kongress und, mit seiner Hilfe, die Wissenschaftler, wie die öffentliche Meinung der Welt, folgende Resoluti-on unterstützen zu wollen:

«Im Hinblick darauf, dass in einem künftigen Krieg ohne jeden Zweifel Kernwaffen angewendet würden und dass diese Waffen den Fortbestand der Menschheit gefährden, ersuchen wir nachdrücklichst die Regierungen der Welt, zu erkennen und öffentlich zu bekennen, dass ihre Ziele nicht durch einen Weltkrieg erreicht werden kön-nen, und wir ersuchen sie darum drin-glichst, friedliche Mittel der Lösung für alle zwischen ihnen bestehenden Konflikte ausfindig zu machen.»

Neben Russell und Einstein hatten acht andere Wissenschaftler das Manifest vor der Veröffentlichung unterzeichnet: Percy W. Bridgman und Hermann J. Muller, Ver-einigte Staaten; Cecil F. Powell und Joseph Rotblat, England; Frederic Joliot-Curie, Frankreich; Leopold Infeld, Polen; Hideki Yukawa, Japan; und Max Born, Deutschland, dessen Name bei der Be-kanntgabe versehentlich ausgelassen worden war. Linus Pauling (Vereinigte Staaten) schloss sich bald darauf ebenfalls an; das brachte die Zahl der Unterzeichner auf elf, die alle, mit Aus-nahme von Rotblat und Infeld, Nobel-preisträger waren.

Quelle: Einstein, Über den Frieden, Parkland Verlag, Köln 2004



Bikini 1946 – Atomwaffentests der USA: Die gewaltige Rauchentwicklung einer einzigen im Meer abgeworfenen Atombombe.

Das zweite nukleare Zeitalter

Nichts dazu gelernt

Allmählich offenbaren sich der Öffentlichkeit die weltpolitischen Konsequenzen des grundlegenden Wandels der US-amerikanischen Aussen- und Atom-politik. Das vom Pentagon 2002 veröffentlichte Grundsatzdokument zur mili-tärischen Nuklearstrategie (Nuclear Posture Review, NPR) gibt den Einblick in eine erschreckende Strategie, die zum Ziel hat, das gesellschaftliche Tabu, Atomwaffen einzusetzen, zu brechen.

Von Bernard Lown

Das Strategiepapier des Pentagon – fast könnte es aus Stanley Kubricks «Dr. Seltsam» stammen – enthält Planspiele für den Einsatz von Atom-waffen gegen mindestens sieben Län-der, darunter Russland, China, Libyen, Syrien und natürlich die so ge-nannte «Achse des Bösen»: Irak, Iran und Nordkorea. Laut dem Papier, sol-len Atomwaffen einerseits dort militä-risch eingesetzt werden, wo die ange-griffenen Ziele konventionellen An-griffen standhalten könnten; Anderer-seits dort, wo Ländern atomare, biolo-gische oder chemische Waffen einset-zen oder mit deren Einsatz drohen. Zusätzlich soll die neue nukleare Stra-tegie «im Falle von überraschenden militärischen Entwicklungen» ange-wandt werden, was auch immer diese ungeschickte Formulierung bedeuten mag.

Seit Hiroshima und Nagasaki wur-den Atomwaffen als Ultima Ratio be-trachtet. Ihr Einsatz wäre nur dann in Frage gekommen, wenn das blanke Überleben eines Volkes auf dem Spiel gestanden hätte. Unter der aktuellen Doktrin könnten Militärs im Kriegs-fall Atomwaffen wie konventionelles Kampfgerät einsetzen. Ein Kommen-tator aus Grossbritannien bemerkte: «Seit den finstersten Zeiten des Kal-ten Krieges war die Wahrscheinlich-keit, dass die USA bei künftigen Kon-flikten zu Atomwaffen greifen, nie so

gross wie heute.» (The Guardian, London, 10. Januar 2003)

Die Bush-Regierung hat in der Tat die atomare Hemmschwelle herabge-setzt. Im Furcht einflössenden Jargon der Pentagon-Veröffentlichung hört sich das so an: «Wir müssen bereit sein, Schurkenstaaten und ihre terro-ristischen Schützlinge aufzuhalten, bevor sie in der Lage sind, mit dem Einsatz von Massenvernichtungs-waffen zu drohen [...] Um solch feind-seligen Akten zuvorzukommen oder sie zu verhindern, werden die USA, wenn nötig, präventiv handeln.» Wei-ter heisst es: «Die USA behalten sich das Recht vor, mit aller Macht und unter Zuhilfenahme all ihrer Optionen auf den Einsatz von Massenvernich-tungswaffen gegen die USA, ihre im Ausland stationierten Streitkräfte oder ihre Freunde und Alliierten zu reagieren.»

Dies bedeutet, dass jeglicher noch so marginale Angriff auf US-Interes-sen – real oder eingebildet, egal von wem und wo in der Welt – der mit irgendeiner Form von chemischen, bi-ologischen oder radiologischen Waf-fen geführt wird, einen atomaren Vergeltungsschlag auslösen könnte. Mit dem Strategiepapier des Pentagon wird der Atomwaffensperrvertrag Makulatur. Mit dieser neuen Strategie brechen die USA das im Jahre 1978 gegebene Versprechen, niemals Atomwaffen gegen ein Land einzuset-zen, das selbst keine Atomwaffen be-

sitzt. Sie verletzen ihre Verpflichtun-gen aus internationalen Verträgen, wenn sie gegen Länder, die den Atom-waffensperrvertrag unterzeichnet ha-ben, Atomwaffen einsetzen. Im tiefe-ren Sinne setzt das Strategiepapier des Pentagon einen seit den Anfängen des Kalten Krieges geheiligten Grundsatz ausser Kraft, nämlich dass Abschre-ckung die einzige Rechtfertigung für die Stationierung atomarer Massen-vernichtungswaffen sein darf, nicht aber die Absicht, sie im Kriegsfall einzusetzen. Dieser unheilvolle Prä-zedenzfall wird unkontrollierbare Kräfte mit weit reichenden, unvorher-sehbaren und tückischen Konsequen-zen in Gang setzen.

Das Strategiepapier des Pentagon offenbart auch Pläne, die nukleare In-frastruktur für den Kriegseinsatz in umfassenden Masse auszubauen. Die Bush-Regierung plant, ihre De-facto-Einhaltung des Atomteststoppab-kommens zu beenden und eine neue Generation von Sprengköpfen zu ent-wickeln. Um die angestrebten Ein-satzmöglichkeiten für Atomwaffen zu erweitern, befinden sich bereits die erddurchdringende Atomwaffe zur Zerstörung unterirdischer Ziele und die Atomwaffe mit verstärkter Strahlungswirkung (wie z.B. die Neu-tronenbombe) zur Verbrennung von Giftstoffen in der Entwicklung. Die Vereinigten Staaten geben gegenwärtig 45 Prozent mehr für die Arbeit an Atomwaffen aus als während des Kal-ten Krieges.

Warum gab es keinen Aufschrei der Empörung über diese politische Ver-schiebung hin zu offensichtlicher Bar-barei? Die Vorbereitung einer auf dem Einsatz von Atomwaffen beruhenden US-Militärstrategie mit der beispiel-losen Möglichkeit ihres Ersteinsetzes gegen Länder, die selbst keine Atom-waffen besitzen, die gewaltigen Inves-titionen knapper öffentlicher Mittel in die Entwicklung neuer Atomwaffen und sogar die geplante Wiederaufnah-me von Atomtests sind in der Öffent-lichkeit auf stillschweigende Zustim-mung gestossen. Weder Medien, noch Ethikerinnen, Ethiker, Geistliche oder Intellektuelle – all jene, die sich brüs-ten, Hüter unserer moralischen Werte zu sein – haben sich empört oder auch nur den leisensten Widerwillen bekun-det. Immerhin wird gerade eine Art industrieller Völkermord ähnlich dem von Auschwitz vorbereitet, aber in viel grösserem Massstab.

Dieses Schweigen muss sorgfältig analysiert werden, wenn wir eine wirksame Opposition gegen die aktu-elle atomare Militärdoktrin aufbauen wollen. Ich glaube, dass das öffentli-che Desinteresse mit einer Terminolo-gie in Zusammenhang steht, die vom Establishment auf subtile Weise ein-geführt und vom gesamten politi-schen Meinungsspektrum akzeptiert wurde. Der Begriff «Massenvernich-tungswaffen» ist Teil dieses Konzepts. Hierunter werden ohne Unterschied atomare, chemische und biologische Waffen zusammengefasst. Die simple Abkürzung WMD (Weapons of Mass Destruction) steht für die völlig un-vergleichbaren zerstörerischen Folgen dieser völlig unterschiedlichen Instru-mente des Massenmordes. Werbe-fachleute, die das Denken der Massen beeinflussen, wissen schon lange, dass sich die gesellschaftliche Akzep-tanz bestimmter Inhalte durch die ständige Wiederholung von mit ihnen assoziierten Schlüsselworten erhöht.

Eine nähere Betrachtung der Ent-wicklung und der vergangenen Ein-sätze von chemischen und biologi-schen Waffen belegt unzweifelhaft, dass diese – obschon durchaus in der Lage, Menschen entsetzliches Leid zuzufügen – um vieles weniger ge-fährlich und zerstörerisch sind als thermonukleare Bomben. Ein mit Tonnen konventionellen Sprengstoffs beladener B52-Bomber kann beim Einsatz gegen ein hochentwickeltes,

Fortsetzung Seite 3

Lord Russell zum Manifest am 9. Juli 1955

«Die von hervorragendsten Wissenschaftlern in verschiedenen Teilen der Welt unterschriebene Erklärung handelt von den Gefahren eines Kernwaffenkrieges. Die Erklärung bringt klar zum Ausdruck, dass in ei-nem solchen Krieg keiner der Beteiligten auf einen Sieg rechnen könnte, und zeigt die sehr ernste Gefahr der Ausrottung der Menschenrasse durch Staub und Regen radioaktiver Wolken.

Die Erklärung betont, dass weder die Völker noch die Regierungen der Welt sich über die Gefahren hinreichend klar sind. Und sie weist darauf hin, dass die Annahme eines Verbots der Kernwaffen zwar die politischen Spannungen verringern könnte, aber keine Lösung des Problems darstel-len würde. Denn zweifellos würden solche Waffen in einem grossen Krieg, trotz aller gegenteiligen vorherigen Abmachungen, erneut herge-stellt und angewendet werden.

Die einzige Hoffnung für die Menschheit besteht in der Verhütung von Kriegen. Und unsere Erklärung soll zum Nachdenken über die dazu erfor-derlichen Schritte anregen.

Unsere Aktion wurde zunächst zwischen Einstein und mir vereinbart. Einstein unterzeichnete die Erklärung in der letzten Woche seines Lebens. Nach seinem Tod bin ich an hervorragende Gelehrte des Ostens wie des Westens herangetreten, da politische Meinungsverschiedenheiten Wissen-schaftler nicht daran hindern sollten, die wahrscheinliche künftige Ent-wicklung richtig einzuschätzen; einige Antworten stehen noch aus.

Ich bringe die von den Unterzeichnern ausgesprochene Warnung zur Kenntnis aller mächtigen Regierungen der Welt, in der ersten Hoffnung, dass sie ihren Bürgern das Weiterleben ermöglichen werden.»

Rumsfeld: «Mini-Nukes sinnvoll»

Anfangs Mai 2005 verbreitete die Japan Times den von den Stabschefs der US-Army verfassten Entwurf eines Strategiepapiers mit dem Titel «Doktrin für vereinte Nuklearoperationen». Dabei handelt es sich um die Umsetzung von Empfehlungen des Berichts zur «Nuclear Posture Review». Der neue Entwurf erlaubt nun den regionalen Kommandeuren der US-Streitkräfte, bei «Präventivschlägen» gegen Massenvernichtungswaffen von sogenannten Schurkenstaaten auch taktische Atomwaffen einzusetzen. Für die Freigabe der Waffen können diese sich direkt an den US-Präsidenten wenden.

Zudem macht das Papier klar, gegen wen sich in Zukunft Atomschläge richten können. «Es gibt zahlreiche nichtstaatliche terroristische und kriminelle Organisationen und etwa 30 Staaten mit Programmen für Massenvernichtungswaffen», formulierten die US-Stabschefs wörtlich. Unter Verweis auf die angebliche Bedrohung durch Nordkorea, Iran und einige andere Staaten führt das Dokument dann Eventualitäten auf, für die der Einsatz von Atomwaffen vorbereitet werden müsste. Dafür wird dringend die Entwicklung von tief in den Boden eindringenden Atomwaffen zur Zerstörung unterirdischer Bunkeranlagen gefordert.

Laut Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hätten inzwischen 70 Länder Bauprogramme für unterirdische Bunkeranlagen. Deshalb, so Rumsfeld vor kritischen US-Senatoren, mache das von ihm verlangte Entwicklungsprogramm für kleinere Atomwaffen zwecks Zerstörung dieser Anlagen «allen Sinn der Welt». *(R.R.)*

Fortsetzung von Seite 2

reiches Land potenziell stärkere Verwüstungen anrichten als jede chemische oder biologische Waffe. Ein grösserer atomarer Angriff kann ein riesiges, über einen ganzen Kontinent reichendes Land wie die USA unbewohnbar machen. Mit chemischen oder biologischen Waffen ist keine auch nur annähernd vergleichbare Zerstörung möglich. Trotzdem hat das konstante Gerede der Medien in den vergangenen Jahrzehnten Wirkung gezeigt: Die Auswirkungen von Atomwaffen werden weitgehend ignoriert und sich nahezu ausschliesslich auf die schrecklichen Folgen eines möglichen chemischen oder biologischen Angriffs konzentriert.

Durch die Gleichsetzung dieser in ihrer zerstörerischen Wirkung unvergleichbaren Waffentypen in der Wahrnehmung der Menschen sinkt der öffentliche Widerstand gegen einen atomaren Militärschlag. Die moralischen Bedenken gegen den Einsatz von Massenvernichtungswaffen werden betäubt. Ich bin überzeugt, dass wir den Krieg gegen den Irak nicht geführt hätten, wenn sich die Medien nicht rund um die Uhr auf chemische und biologische Kampfstoffe «eingeschossen» hätten. Das Pentagon hätte auch nicht so unbekümmert über die Bombardierung Bagdads mit nuklearen «bunker-busters» (Bunkerknackern) geredet. Wenn die Medien dem unvergleichlichen Schrecken von Atomexplosionen die gleiche Aufmerksamkeit wie chemischen und biologischen Waffen widmen würden, träte das Pentagon heute nicht für eine neue atomare Militärdoktrin ein.

Die Öffentlichkeit mag sich vor biologischen Waffen ängstigen, aber es darf bezweifelt werden, dass diese

Furcht bis in die inneren Flure der Macht in Washington vorgedrungen ist. Wäre die Bush-Regierung ebenso besorgt über diese Bedrohung, wäre sie weder aus dem in internationaler Zusammenarbeit entwickelten Protokoll der Biowaffen-Konvention (BWC) ausgestiegen, noch hätten sie im Dezember 2001 die fünfte Überprüfungskonferenz der Biowaffen-Konvention platzen lassen, die zum Ziel hatte, die Konvention zu stärken. Die Konferenz wurde nach dem Ausscheiden der USA im Chaos abgebrochen. Ohne amerikanische Unterstützung ist das Protokoll, das gegen biologische Verwüstungen schützen sollte, gestorben. Rufen Sie sich in Erinnerung, dass dieser Vorfall sich drei Monate nach dem 11. September ereignete, auf dem Höhepunkt der staatlich geförderten Angst vor einem möglichen Terrorangriff mit biologischen Waffen.

(...) Die Angst vor chemischen und biologischen Waffen ist ein Ass im Ärmel der Regierung, wenn es darum geht, einen Krieg zu schüren, in dem der Einsatz von Atomwaffen erwogen wird.

Als ich vor einigen Jahren Hiroshima besuchte, war ich von der Inschrift des dortigen Mahnmals tief bewegt: «Ruhet in Frieden, denn der Fehler soll sich nicht wiederholen.» Das Verbrechen von Hiroshima kann bald noch einmal geschehen.

Bernard Lown ist Initiator und Mitbegründer der IPPNW, Präsident 1980-1982, Co-Präsident 1982-1993, Prof. emeritus der Kardiologie der Harvard-Universität in Boston, USA, Erfinder der lebensrettenden Elektro-Defibrillation, Empfänger des Friedens-Nobelpreises für die IPPNW, gemeinsam mit Evgenij Chazov. Quelle IPPNW-Forum

Fahrrad-Tour 2005 für den Frieden

Anfangs August findet eine Friedensfahrradtour statt, unter dem Motto «Nie wieder Hiroshima – Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus». Organisiert wird die Sternfahrt nach Ramstein und Büchel in der Eifel u.a. von der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsgegnerInnen (DFG-VK) und bike-for-peace.de.

Redaktionsschluss dieser Nummer:
28. Mai 2005

Auch aus der Schweiz ist eine Route gemeldet, die von der GSoA koordiniert wird. Gestartet wird dabei von Bern aus am 1. August, via Basel, Strassbourg und Kaiserslautern. In Büchel und am Luftwaffenstützpunkt Ramstein werden die Radlerinnen und Radler aus der Schweiz mit den anderen Gruppen zusammentreffen und Kundgebungen zur Erinnerung an den Atombombenabwurf über Hiroshima und Nagasaki vor 60 Jahren abhalten. In Büchel findet dann am 6. August eine Abschlussveranstaltung mit Friedensfest statt.

Nähere Infos bei bern@gsoa.ch, Telefon 031 301 82 09

Retour an den Absender

US-Atomwaffen in Europa

15 Jahre nach Beendigung des Kalten Krieges befinden sich nach Angaben der IPPNW noch 480 US-Atombomben in Europa, mehr als das gesamte chinesische Atomwaffenarsenal ausmacht. Diese Bomben haben eine Reichweite, die gerade mal die Grenzen der erweiterten EU erreicht.

Zwar wurden 2001 20 Atomwaffen still und heimlich aus Griechenland abgezogen und Griechenland damit von Atomwaffen befreit. Doch statt an den Absender zurückgeschickt zu werden, lagern sie nun bei Ramstein in Deutschland. Nach Ramstein gebracht wurden zudem 20 Bomben aus Memmingen und Nörvenich. Alle 40 sollen für die nukleare Teilhabe in Reserve gehalten werden. Verschiebung statt Verschrottung auch anderswo: Aus zwei türkischen Depots wurden Atomwaffen nach Incirlik gebracht und in Italien wurden die Atomwaffen von Rimini nach Ghedi Torre verlegt.

Alle aus einer Familie

Alle Atomwaffen gehören laut IPPNW der B-61-«Familie» an. Die Modelle 3 und 4 sind sehr alt, das Modell 10 ist ein konvertierter Pershing-II-Sprengkopf und ein nuklearer «Bunker Buster» (siehe Artikel von Bernard Lown in dieser UW). Alle drei haben «auswählbare» Sprengkraftmöglichkeiten von 300 Tonnen (Mininuke-Grösse) bis zu 45 Kilotonnen (Mod-4), 80 Kilotonnen (Mod-10) oder 170 Kilotonnen (Mod-3). Zum Vergleich: die Hiroshima-Bombe hatte eine Sprengkraft von 12,5 Kilotonnen. Alle diese Waffen wurden 2002 modernisiert. Ungefähr 300 der Bomben werden auf US-Kampfflugzeugen eingesetzt (F-15 oder F-16), die fünf bzw. zwei Bomben tragen können. Jeweils zwei der übrigen 180 Bomben werden im Ernstfall auf belgische, holländische oder türkische F-16-Flugzeuge bzw. auf deutsche oder italienische Tornados geladen und zum Ziel gebracht.

Die meisten der Atombomben (300) lagern in Nordeuropa, obwohl Russland keine Bedrohung mehr darstellt. Nur 180 Atomwaffen befinden sich in Südeuropa, näher am Nahen Osten, von wo angeblich die eigentliche Bedrohung kommt. Dazu Xanthe Hall von der deutschen IPPNW: «Die

Friedensmarsch zur NATO-Basis

Fort mit dem Schrott!

Um den Druck auf die NATO-Mitglieder zu erhöhen organisiert For Mother Earth diesen Sommer einen internationalen Friedensmarsch von Ypres über Brüssel zur nuklearen Basis Kleine Brogel – Belgien. Der Marsch wird im Zeichen des 60. Jahrestags des Bombardements auf Hiroshima und Nagsaki stehen.

Der ungefähr 250 km lange Marsch wird am Dienstag, dem 26. Juli in der Friedensstadt Ypres starten, wo 1915 zum ersten Mal in der Geschichte ein Angriff mit chemischen Waffen (Senfgas) stattgefunden hatte. Die Route führt am NATO-Hauptquartier in Brüssel vorbei und wird an der geheimen Atom-Basis Kleine Brogel enden, die eine Lagerkapazität von bis zu 20 B61-Bomben mit einer Sprengkraft von 170 Kilotonnen besitzt.

Die Marschierenden werden in den auf dem Weg liegenden Rathäusern Unterstützung für die «Bürgermeister für den Frieden»-Kampagne fordern. Entlang der Route werden sie auch Banken besuchen und diese dazu ermutigen ihr Investment in Atomwaffenhersteller zu stoppen. An der Basis Kleine Brogel wird vom 6. August (Jahrestag des Hiroshima-Bom-

bardements) bis zum 9. August (Erinnerung an Nagasaki) ein Friedenscamp stattfinden.

Wir werden im Durchschnitt 25 km am Tag laufen. Das Gepäck wird in einem Begleitfahrzeug mitgenommen. Das bekannte Kochkollektiv «Rampenplan» wird für leckere vegetarische und vegane Gerichte sorgen. Wir werden draussen campen, also Zelt bitte mitbringen. Drei biologische Mahlzeiten, Schlafplatz und Teilnahme kosten nur 10 Euro pro Tag. Ein sehr demokratischer Preis. Auf Grund schlechter Erfahrungen wird vom Gebrauch von Alkohol und Drogen strengstens abgeraten. Bitte keine Haustiere mitbringen. Bitte so schnell möglich registrieren: Tel. 00329 224 87 52; Fax: 00329 242 87 51; email: belgium@motherearth.org; Webseite: www.motherearth.org

10. – 14. Juni: Weltweite Aktion führt auch durch die Schweiz

Stafette der Frauen-Solidarität

Vom 10. – 14. Juni wird eine Gruppe von Frauen mit einem Camion die Schweiz von Basel nach Genf durchqueren, von einer Grenze zur andern. Sie wird in verschiedenen Städten Halt machen und sich dabei für eine solidarische Schweiz einsetzen, die ihre Grenzen und Türen Opfern politischer, wirtschaftlicher und patriarchalischer Kriege öffnet.

Von Monika Waser

Die «Frauenkarawane durch die Schweiz» ist Teil der weltweiten Frauenstafette, die sich zwischen dem 8. März und dem 17. Oktober von Brasilien aus durch rund 52 Länder über den ganzen Globus fortbewegt und die «Weltcharta der Frauen für die Menschen» mit sich trägt. Diese Charta, in deren Zentrum Werte wie Gleichberechtigung, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden stehen, entstand im Jahr 2000 in der Bewegung «Marche mondiale des femmes» (MMF), die fünf Jahre zuvor im Anschluss an die Weltfrauenkonferenz von Peking gegründet worden war. Ende 2004 wurde die Charta nach einem einjährigen Konsultativprozess durch die MMF erneut bekräftigt und nun auf die Reise rund um die Erde geschickt. Aus Lateinamerika erreichte die Stafette Ende April die Vereinigten Staaten und Kanada, wo sie in Quebec von 15'000 Frauen begeistert erwartet wurde. Seit 9. Mai führt sie nun über Istanbul durch verschiedene Länder Europas, wo sie bis zum 19. Juni verbleibt und dabei eben auch unser Land durchquert.

In der Schweiz werden je nach Region dabei unterschiedliche Schwerpunkte hervorgehoben: Gegen die Ge-

walt an Frauen in Familie und Gesellschaft, für die Rechte von Migrantinnen, für Anliegen von Gewerkschafterinnen, Frauenstimmen gegen den Krieg und vieles mehr.

Jedes beteiligte Land oder Territorium illustriert im Lauf der Stafette seine ideale Welt auf einem Stück Stoff. Die Teile werden jeweils wie die Charta weitergegeben und zu einem

grossen Patchwork zusammengestellt, welches die Charta in ihrer Vielfalt sichtbar machen soll (siehe Programm Schweiz vom 12. Juni).

24 Stunden Frauen-Solidarität

Eindrucksvoll wird die Stafette am 17. Oktober beendet: Dem Lauf der Sonne folgend finden zwischen 12 und 13 Uhr weltweit Aktionen statt. Noch einmal illustrieren wir unsere Überzeugungen, unsere Visionen für eine Welt, in der Gleichberechtigung, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität bestimmend sind.

Programm Schweiz:

- 10. Juni Basel-Möhlين-Aarau-Zürich
Basel 10.00 – 12.00 Uhr Kundgebung bei der Helvetia am Brückenkopf der Mittleren Brücke; Start der Karawane mit dem «Marche mondiale des femmes-Camion» durch die Schweiz; *Möhlين* 16.30 Eintreffen des MMF Camions; *Aarau* 18.00 Uhr kurze Aktion; *Zürich* 20.00 Uhr Veranstaltung im Volkshaus beim Helvetiaplatz
- 11. Juni Ebikon-Luzern-Bern-La Chaux-de-Fonds
Zwei Marsch-Routen, eine ab *Ebikon* (12.30) und eine ab *Emmenbrücke* (12.30) vereinen sich um 15.00 Uhr am Schwanenplatz in *Luzern* zu einer Kundgebung auf dem Kapellplatz. Anschliessend Frauenfest Schür (18.00) mit einem Konzert der Nomza Gumede and Band. *Bern* Besammlung 13.30 Uhr in der Neuengasse, 14.00 Uhr Kundgebung auf dem Kornhausplatz; *La Chaux-de-Fonds* 20.00 Uhr Eintreffen des Camions, verschiedene Aktionen, Nachtwanderung nach *Neuchâtel*.
- 12. Juni Biel-Neuchâtel-Fribourg (in *Neuchâtel* um 10.15 Uhr u.a. Brunch auf dem «Place du 12 septembre» am See und danach Eintreffen des Patchwork der Solidarität aus Bulgarien)
- 13. Juni Lausanne-Morges-Nyon-Lausanne
- 14. Juni *Genf* (u.a. 17.00 Uhr Abschlussveranstaltung vor dem Sitz der WTO mit einem Strassentheater und einer Frauenversammlung im Parc des Bastions; 18.30 Pique-nique im Parc de Crompte; 21.00 Uhr Ende der Karawane durch die Schweiz)

Genaues Programm über www.marche-mondiale.ch oder Tel. 061 261 02 89

Palästinensische Frauen in Israel

Eine Gesellschaft im Würgegriff

Eine Gruppe von neun Frauen ist im März 2005 nach Israel und in die Westbank gereist, um einen Eindruck von der Lebensrealität palästinensischer Frauen und der palästinensischen Gesellschaft insgesamt zu gewinnen. Da die Situation in der Westbank in Europa besser dokumentiert ist, geht der folgende Artikel nur auf den ersten Teil der Reise ein.

Von Birgit Althaler

Im Wissen um den schwierigen, von Emotionen und Bildern überlagerten Zugang zum Israel-Palästina-Konflikt haben wir Wert auf eine sorgfältige gemeinsame Vorbereitung und einen kontinuierlichen Austausch unter den Teilnehmerinnen während der Reise gelegt, was sich als sehr fruchtbar erwies. Ein Ziel der Reise war, die palästinensische Gesellschaft in ihrer Komplexität kennenzulernen – durch Begegnungen mit Bäuerinnen und Beduininnen, Flüchtlingsfrauen, Arbeiterinnen, politischen Aktivistinnen, ehemaligen Gefangenen bis hin zu Intellektuellen und engagierten Feministinnen. Ein weiteres Ziel war es, in Europa gängige Bilder und Meinungen über den Israel-Palästina-Konflikt zu überprüfen und sie an internationalen Rechtsstandards zu messen. Und schliesslich wollten wir verschiedene Regionen sehen, um einen Eindruck von den unterschiedlichen Facetten der Verdrängung und Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft zu erhalten. Von einem Besuch im Gaza-Streifen mussten wir absehen, da dies angesichts der israelischen Isolationspolitik seit Jahren nur noch mit grossem Aufwand und längerem Aufenthalt möglich ist.

Zweierlei Massstab

Ein Fünftel der israelischen Bevölkerung sind PalästinenserInnen. Es ist jener Teil der arabischen BewohnerInnen des Landes und ihrer Nachkommen, die 1948 nicht über die Grenzen des zukünftigen Staates Israel hinaus vertrieben wurden oder geflüchtet sind. Sie sind den jüdischen BürgerInnen formal gleichgestellt, wenn auch auf vielfache Weise diskriminiert. Die Auseinandersetzung mit ihren Lebensbedingungen ist aufschlussreich für ein Verständnis der israelischen Politik gegenüber den PalästinenserInnen insgesamt. Unser Aufenthalt führte uns zuerst in den Norden Israels, wo die PalästinenserInnen mit israelischer Staatsbürgerschaft, ebenso wie im Negev, nach wie vor die Mehrheit bilden. Ein zentrales Problem der palästinensischen Frauen in Israel ist ihre schwache wirtschaftliche Stellung. Die traditionell landwirtschaftlich orientierte palästinensische Gesellschaft hat im Zug der zionistischen Kolonisierung einen Grossteil ihrer Existenzgrundlage eingebüsst; gleichzeitig werden palästinensische Städte und Dörfer systematisch in ihrer Entwicklung behindert und bezüglich Infrastruktur (Schulen, Strassen, Industrie- oder Gewerbezones, Freizeitanlagen, Gesundheitswesen, Wasser- oder Stromversorgung etc.) benachteiligt.

Zudem wird bis heute Land, das sich in palästinenischem Besitz befindet, im «öffentlichen Interesse» konfisziert, im Klartext also der palästinensischen Bevölkerung geraubt, um nahezu exklusiv der jüdischen Bevölkerung zugute zu kommen. Einen Eindruck von der «Judaisierung» Galiläas, mit der die Mehrheitsverhältnisse in dieser Region zugunsten der jüdischen Bevölkerung gekippt werden sollen, bieten die zahlreichen neuen Siedlungen (Watchouts) auf den Hügel rund um Nazareth oder das jüdische Nazareth Illit (Upper Nazareth), das mit seinen

40 000 EinwohnerInnen über ein fünf Mal höheres Budget und eine drei Mal grössere Fläche verfügt als das arabisches Nazareth mit 70 000 EinwohnerInnen.

Unter diesen Bedingungen ist es nicht erstaunlich, dass nur knapp 15 Prozent der palästinensischen Frauen einen Beruf ausüben, während es in der jüdischen Bevölkerung etwa 50 Prozent sind. Insbesondere in den Dörfern stellt sich daher die Frage nach alternativen Einkommensquellen, wie wir anhand des Sindyanna-Projektes erfahren konnten. Um den Frauen nicht nur zu einem bescheidenen Einkommen zu verhelfen – beispielsweise durch Weiterverarbeitung von Oliven zu Öl und Seife oder durch traditionelle Stickereien und Webarbeiten –, bietet dieses Frauenprojekt wie viele andere gleichzeitig Weiterbildungskurse, Lese- und Schreibwerkstätten etc. an. Damit sollen die Frauen die Möglichkeit erhalten, sich gemeinsam über ihre Stellung in Familie, Dorf und Gesellschaft auszutauschen, aber auch ihren Kindern Unterstützung bei Schulaufgaben bieten zu können. Die hohe Arbeitslosigkeit unter der palästinensischen Bevölkerung und ihre zunehmende Verdrängung vom israelischen Arbeitsmarkt, auf dem sie durch billige Arbeitskräfte aus Osteuropa und Asien ersetzt werden, aber auch die Schwierigkeit, in den israelischen Städten eine Wohnung oder Arbeit zu finden, stellt für viele Frauen ein unüberwindbares Hindernis dar, traditionellen Rollen zu entfliehen. Frauen mit geringerer Schulbildung sind daher, wenn überhaupt, vor allem

im informellen Sektor (Putzen, Haushalt) beschäftigt. Etwas besser stehen die Chancen für Frauen mit höherer Bildung. Doch auch sie stossen an die Grenzen einer Apartheid-Gesellschaft, wie uns die Frauen des I‘lam Media Center deutlich vor Augen führten. Diese in Nazareth tätige NGO unter Leitung von Haneen Sourbi, einer langjährigen Feministin, bildet palästinensische JournalistInnen aus, wertet die Berichterstattung israelischer Medien aus, nimmt zu Gesetzesentwürfen im Bereich der Pressefreiheit Stellung und vermittelt jüdisch-israelischen JournalistInnen alternative Informationen und Kontakte zur palästinensischen Bevölkerung. Die israelischen Medien berichten, wo sie nicht offen rassistisch sind wie z.B. die Jerusalem Post, kaum und mehrheitlich negativ über die palästinensische Minderheit. Entsprechend negativ ist auch die Einstellung vieler jüdischer Israelis gegenüber ihren arabischen MitbürgerInnen. Einer Umfrage der Uni Haifa zufolge sprechen sich gegenwärtig 67% der Studierenden für den «Transfer» aus, also die Abschiebung der palästinensischen Bevölkerung aus Israel, und 30% wollen die PalästinenserInnen nicht in der Knesseth, dem israelischen Parlament, vertreten sehen. Als Palästinenserinnen haben die engagierten Medienfrauen vom I‘lam Center praktisch keine Chance, in Israel in einer grösseren Tageszeitung oder in einem Fernsehsender unterzukommen und Berufserfahrungen zu sammeln.

Verwurzelung mit dem Land

Einen spannenden Tag verbrachten wir mit Binnenflüchtlingen von Adrid, einer NGO, die die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge in Israel wahrnimmt und regelmässig Ausflüge in deren ehemalige Dörfer organisiert. Seit 1948 hat Israel über 400 palästinensische Ortschaften zerstört (aktuell z.B. Lifta bei Jerusalem). Den früheren BewohnerInnen, die heute oft unweit ihrer ehemaligen Dörfer leben, ist es nicht erlaubt, sich dort anzusiedeln, ihre Häuser wieder aufzubauen oder ihr Land zu bearbeiten. Die älteren Männer der Reisegruppe

konnten uns über ihre eigene Vertreibung berichten. Wie verbunden sie sich diesem Land nach wie vor fühlen, zeigte sich, als sie im wuchernden Gras nach essbaren Kräutern suchten und uns allerlei Stängel und Blätter zum Kosten anboten. Die Frauen gehörten mehrheitlich der Generation der Kinder oder Enkelkinder der Vertriebenen an, die sich weiterhin für ihr Recht auf Rückkehr und Entschädigung einsetzen.

Wie sehr die israelische Gesellschaft bemüht ist, die Existenz der palästinensischen Bevölkerung in Israel selbst zu leugnen und zu behindern, wurde im Lauf dieser Tage deutlich. Einen Überblick über die verschiedenen Diskriminierungsformen auf rechtlicher und institutioneller Ebene, aber auch verstecktere Formen der Ausgrenzung (etwa Stellenausschreibungen, die an die Absolvierung des Militärdienstes geknüpft sind) erhielten wir von den beiden Menschenrechtsorganisationen Humans Rights Association und Adallah Center.

Identitätsverlust

Eine besonders hart betroffene Bevölkerungsgruppe in Israel sind die BeduinInnen, die von der Regierung von ihrem Weide-, Acker- und Siedlungsland vertrieben werden, um ihr Land in jüdischen Besitz überzuführen und für intensive Landwirtschaft zu nutzen. Einen Eindruck davon erhielten wir bei einem Besuch verschiedener Frauenprojekte im Negev. Auch hier wiederholen sich viele bereits im Norden festgestellte Diskriminierungsmuster. Die meisten Ortschaften sind vom Staat nicht «anerkannt», was zur Folge hat, dass sie keinerlei öffentliche Dienstleistungen erhalten. Dazu kommen massive Übergriffe der Behörden (Besprühen der Felder mit Gift, um die Ernte zu vernichten; Bedrohungen durch eine eigens eingesetzte so genannte Umweltpatrouille) und der Versuch, die BeduinInnen in Satellitenstädten anzusiedeln, die kaum Arbeitsmöglichkeiten bieten. Indem die israelische Regierung dieser früher weitgehend autarken Gemeinschaft die Lebensgrundlagen entzieht und sie

ihrer Identität beraubt, untergräbt sie auch die Stellung der Beduinen-Frauen. Umso wichtiger ist die Arbeit verschiedener NGOs und des Frauenforums Ma‘an, die versuchen, die Anliegen der Beduininnen zu koordinieren und ihnen Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu bieten. Auf die Frage nach den Wünschen der Frauen im Sidri-Projekt erhielten wir zur Antwort: eine Bibliothek, eine Klinik, Kinderbetreuungsmöglichkeiten, aber auch die Anbindung an den öffentlichen Verkehr.

Isolation der Hauptstadt

Die ungebrochene Einengung des palästinensischen Lebensraums und die Verdrängung der Bevölkerung (durch Mauer, Umzonungen, Entzug von Aufenthaltsbewilligungen etc.) wurde auch bei unserem Aufenthalt in Jerusalem deutlich. Zum krassen Ungleichgewicht in der Verteilung finanzieller Mittel kommt hier die unterdessen fast vollständige Isolation der Stadt von ihrem Umland durch administrative Schikanen, Checkpoints, den (nach internationalem Recht illegalen) jüdischen Siedlungsring und neuerdings die Mauer, wodurch Jerusalem ihrer Zentrumsfunktion für die palästinensische Gesellschaft völlig beraubt wird. Wie belastend die Ungewissheit über die weitere Entwicklung auf den Frauen lastet, konnten wir im Gespräch mit Natascha vom Jerusalem Center for Women erfahren, die nicht weiss, ob sie in einem halben Jahr noch mit ihrer Familie und Freunden in der Stadt Kontakt haben oder ihren Arbeitsplatz erreichen können wird.

Unsere Begegnungen mit palästinensischen Frauen in Israel und Jerusalem zeigten, dass ihr Widerstand sehr «zivile», wenn auch existenzielle Formen annimmt. Er besteht im Wesentlichen darin, allen Widrigkeiten zum Trotz die Grundlagen der eigenen Gesellschaft aufrecht zu erhalten.

Deutlich wurde auch, dass das Engagement von Frauen unter den Bedingungen von Apartheid und Besatzung (was die Westbank betrifft) zwangsläufig eine sehr materielle und politische Dimension erhält.

Das Rüstungsprogramm 2005 und der Israel-Palästina-Konflikt

Friedenspolitik statt Rüstungsgüter

Noch im April 2002 ordnete der Bundesrat im Bezug auf Israel «Zurückhaltung in den militärischen Beziehungen» an. Es wurde gar entschieden, in der «Planung künftiger Rüstungsbeschaffungen die Möglichkeit von Einschränkungen zu prüfen.» Drei Jahre später nun kehrt man zur traditionell engen Zusammenarbeit zurück und will sich in Israel Teile eines Funkaufklärungs- und Sendesystems in der Höhe von 150 Millionen Franken beschaffen.

Von Matthias Hui

Weshalb diese Kehrtwende? Bundespräsident Schmid machte im März 2005 nach seiner Rückkehr aus Israel geltend, dass sich in der Region einiges geändert habe. Man reibt sich die Augen: Bilanzierte nicht Aussenministerin Micheline Calmy-Rey ein paar Wochen zuvor in Jerusalem, was sie in Palästina sehe, bedrücke sie zutiefst, es bestehe dringender Handlungsbedarf? Was geschieht also wirklich in Israel/Palästina?

Die demokratische und friedliche Wahl eines neuen palästinensischen Präsidenten hat das Bild des Konflikts verändert. Die Terrorgewalt ist zurückgegangen. Dennoch wird auch Mahmoud Abbas, der palästinensische Präsident, nicht als Partner behandelt: Das Fenster zum Frieden, das mit dem Tod Arafats beschworen wurde, hält die israelische Regierung zu. Die in den palästinensischen Gebieten tätigen Schweizer Hilfswerke erleben tagtäglich die fortschreitende Zerrüttung einer Gesellschaft unter Besat-

zung. Die Menschen leiden unter einer ökonomischen Depression und müssen der anhaltenden Zerstückelung und Enteignung des Landes zusehen.

Zudem steht ein Prozess in den Schlagzeilen, der – nun auch von der Schweiz – belohnt wird, bevor er Realität geworden ist: Der geplante Rückzug Israels aus Gaza. Der Gaza-Streifen wird aber ein grosses Gefängnis bleiben, das die Bevölkerung weder frei verlassen noch eigenständig entwickeln kann. Im Kontext von Besatzung, Terroranschlägen und demokratischen Wahlen erstarkt die Hamas. So beschreiben die israelischen Menschenrechtsorganisationen Btselem und Hamoked die Situation. Sie werden vom EDA im Rahmen einer vorbildlichen Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung unterstützt. Doch wenn der Bundesrat zur Sache kommt, werden die Partner vor Ort kaum gehört.

Schliesslich ist es die Mauer, welche die Entwicklung prägt. Tag und Nacht wird gebaut, mitten durch

palästinensische Quartiere und Landwirtschaftszonen hindurch. Als ob es das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag nie gegeben hätte. Es bestätigte höchstrichterlich, was die Schweiz immer betonte: Der Bau sämtlicher Siedlungen sowie der Mauer auf palästinenischem Gebiet sind angesichts der Genfer Konventionen illegal.

Test für Israel

Stehen wir an der Schwelle zu einer besseren Zukunft? Der Mitinitiant der Genfer Initiative und angesehene ehemalige Präsident des israelischen Parlaments, Abraham Burg, meint: «Die Chancen sind gross, dass die Evakuierung Gazas mit einer Vertiefung der israelischen Präsenz in der Westbank einhergeht.» Eine weitere israelische Verfechterin der Genfer Initiative, Naomi Chazan, spricht von der Sharon-Doktrin, welche die volle Unterstützung der Bush-Administration geniesse. Sie erhalte im Windschatten des Gaza-Rückzugs immer deutlichere und in Kürze unumkehrbare Konturen: Neben der Mauer seien es die Siedlungsblöcke rund um Jerusalem und das Apartheid-Strassensystem in der Westbank.

Mit der geplanten Wiederaufnahme von Rüstungskäufen verbaut sich der Bundesrat im denkbar ungeeig-

netsten Moment zwei Handlungsspielräume. Erstens verspielt er bei jenen seine Glaubwürdigkeit, deren Genfer Initiative er auf der internationalen Bühne unterstützt. Israelische und erst recht palästinensische Partner vermögen den bundesrätlichen Zweckoptimismus nicht zu teilen. Die israelische Regierung sieht die Angelegenheit als Test. Wenn das Rüstungsgeschäft glückt, muss sie zukünftig in Menschenrechtsfragen zwar ernstgemeinte Rhetorik parieren, braucht aber wenig Standfestigkeit zu befürchten. Zweitens scheint die Schweiz für eine Normalisierung der Beziehungen keine Minimalbedingungen in Richtung Genfer Initiative zu setzen. So erodiert die Friedenspolitik. Micheline Calmy-Rey wird in der Schweiz an Rückhalt für die Genfer Initiative verlieren, wo diese bislang stark mitgetragen worden ist. (...)

Leicht gekürzt aus dem «Tages-Anzeiger», mit freundlicher Genehmigung des Autors Matthias Hui. Hui ist Mitarbeiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen Schweiz (Heks) und im Forum für Menschenrechte in Israel und Palästina tätig. Er war Ko-Leiter eines Rehabilitationszentrums in der Westbank.

Die verschiedenen Terrorismus-Ellen der USA

Fluchthelfer Washington

US-Behörden stellen verurteilten Terroristen unter Anklage – weil er illegal eingereist ist. Kuba und Venezuela sprechen von Justizfarce

Von Harald Neuber

Es war ein seltsames Zusammentreffen: Am 17. Mai zogen hunderttausend Menschen vor die US-Interessenvertretung in Havanna, um die Auslieferung des antikubanischen Terroristen Luis Posada Carriles zu fordern. Die Demonstration war gerade aufgelöst, da stürmte nur einige Seemeilen weiter in Miami ein Sonderkommando des US-Ministeriums für Heimatschutz das Domizil Posada Carriles' und nahm ihn fest. Dem ersten Anschein entgegen hatten beide Geschehnisse nur mittelbar etwas miteinander zu tun. Denn der 77-Jährige wurde nicht wegen seiner Beteiligung an zahlreichen Terrorakten festgenommen, sondern wegen «Verstosses gegen die Einreisebestimmungen».

Nach eigenen Angaben war Posada Carriles im März über die US-mexikanische Grenze eingereist. Er hatte



Posada nach seiner Verhaftung in Caracas. Foto Gramma

dieses Terroraktes Anfang der 80er Jahre in Caracas rechtskräftig verurteilt. 1985 konnte er mutmasslich mit Hilfe eines befreundeten CIA-Spions aus der Haft fliehen.

Ein Ende seiner Karriere bedeutete das nicht. 1997 organisierte er während eines Jugendfestivals in Havanna eine Serie von Bombenattentaten, bei denen ein italienischer Tourist ums Leben kam. Die Beteiligung erkannte er ein Jahr später in einem Interview mit der New York Times an. Im Jahr 2000 schliesslich postierte er während des Iberoamerikanischen Gipfels eine Bombe unter der Tribüne in der Aula der Nationaluniversität, in der an jenem Abend Fidel Castro sprechen sollte. Die Pläne wurden vom kubanischen Geheimdienst in letzter Minute enttarnt, Posada Carriles und drei weitere Mittäter verhaftet und verurteilt.

Im vergangenen Spätsommer 2004 begnadigte die bereits abgewählte Präsidentin Mireya Moscoso von Panama die Attentäter kurz vor dem Amtswechsel. Seither war Posada Carriles verschwunden – bis er im März in Miami auftauchte. Die US-Regierung erklärte auf wiederholte Nachfrage zwar, keine Informationen

über seinem Aufenthalt in den USA zu besitzen. Doch Posada Carriles hatte in dieser Zeit mehrere Interviews gegeben, und auch sein Anwalt hatte den Aufenthalt in Miami bestätigt.

Auslieferung gefordert

Nun fordert Venezuela die Auslieferung des Delinquenten. Doch die Chancen stehen schlecht. Unmittelbar nach der Festnahme erklärte die US-Einwanderungsbehörde ICE bereits, Posada Carriles werde «unseren Grundsätzen gemäss nicht nach Kuba ausgeliefert, noch in einen anderen Staat, der im Auftrag Kubas handelt». Der venezolanische Botschafter in Washington, Bernardo Alvarez, reagierte gelassen. Natürlich könne seine Regierung die Einleitung eines Verfahrens wegen einer Verletzung der Einreisebestimmungen nachvollziehen, sagte er der britischen BBC. Doch hätte die US-Regierung «die rechtliche und moralische Verpflichtung», Posada Carriles auszuliefern, denn «Terrorismus kann nur im internationalen Kontext bekämpft werden». Zudem verpflichtete ein bilaterales Auslieferungsabkommen die USA

zur Abschiebung nach Caracas. Schliesslich habe sich Posada Carriles 1985 seiner Haftstrafe in Venezuela entzogen. Und flüchtige Verbrecher, dies sei durch das Abkommen zwischen beiden Staaten «klar geregelt», müssten ausgeliefert werden.

Vertreter der venezolanischen wie der kubanischen Regierung beschuldigen die US-Regierung, Posada Carriles schützen zu wollen, weil er, in einem anderen Land festgenommen, über seine langjährige CIA-Tätigkeit berichten könnte.

Druck aus den eigenen Reihen

Ob solche Erwägungen tatsächlich eine Rolle gespielt haben, sei dahingestellt. Unbestritten aber war in den vergangenen Wochen der Druck auf die US-Regierung im eigenen Land gewachsen. Prominente Medien wie die New York Times forderten Washington auf, den Aufenthalt von Luis Posada Carriles nicht länger zu leugnen und den verurteilten Terroristen nach Venezuela auszuliefern. Prägnant formulierte der konservative Kommentator Andrés Oppenheimer: Wenn Posada Carriles nicht des Landes verwiesen werde, «verlieren die USA all ihre Glaubwürdigkeit im Kampf gegen den Terrorismus im Rest der Welt».

(Quelle: Telepolis)



Über eine Million Kubanerinnen und Kubaner fordern vor der US-Interessenvertretung in Havanna die Auslieferung von Posada Carriles nach Venezuela und die Freilassung ihrer fünf in Miami inhaftierten Mitbürger; Foto Gramma

Brandstifter frei, Feuerwehr verhaftet

Terrorkomplize FBI

Im Frühjahr 1998 reiste der kolumbianische Literaturnobelpreisträger Gabriel «Gabo» Garcia Márquez in geheimer Mission nach Washington: Er hatte Präsident Clinton eine persönliche Botschaft des kubanischen Staats- und Parteichefs Fidel Castro zu überbringen. In dieser Botschaft ging es nicht zuletzt um Informationen, die dem kubanischen Geheimdienst über geplante Attentate auf die Internationale Zivilluftfahrt zugegangen waren.

Von Simon Morgenrot

Als direkte Folge von Gabos Mission fanden am 16. und 17. Juni 1998 in Havanna mehrere Treffen zwischen kubanischen Experten und US-amerikanischen Offizieren des FBI statt. Die FBI-Delegation erhielt von kubanischer Seite eine reichhaltige, mit Zeugenaussagen belegte Dokumentation, u.a. 64 Akten mit detaillierten Untersuchungsberichten über 31 Terroraktionen und –pläne gegen Kuba aus den Jahren 1990 bis 1998. Aus diesen Materialien war klar ersichtlich, dass hinter dem grössten Teil dieser Aktionen die «Kubanisch-Amerikanische Nationalstiftung» stand, welche die Gefährlichsten selbst organisierte und finanzierte, speziell jene, die durch Luis Posada Carriles und seine mittelamerikanische Terrorstruktur durchgeführt wurden. Beigelegt waren auch: detaillierte Listen und Fotografien von Ausrüstungen, Sprengstoffen und anderer beschlagnahmter Mittel; 51 Akten mit Information über das von der Kubanisch-Amerikanischen Natio-

nalstiftung an die verschiedenen Terroristengruppen gelieferte Geld zur Durchführung antikubanischer Aktionen; Abhörprotokolle von 14 Telefongesprächen, in welchen Luis Posada Carriles Informationen über Terroraktionen gegen Kuba preisgab; Angaben, wo Posada Carriles ausfindig zu machen ist, die Adressen seiner Wohnsitze, Orte, die er aufsuchte, Merkmale der Autos und Nummernschilder in El Salvador, Honduras, Costa Rica, der Dominikanischen Republik, Guatemala und Panama. Übergeben wurden schliesslich auch die Protokolle von 8 Verhören von in Kuba festgenommenen Terroristen, in denen sie ihre Verbindung mit Posada Carriles aufdeckten.

Die FBI-Offiziere erhielten zudem 60 Akten mit Erkennungsbögen von 40 Terroristen kubanischer Herkunft, der grösste Teil in Miami wohnhaft, einschliesslich der Angaben wo sie anzutreffen sind. Ausserdem nahmen die FBI-Experten Sprengstoffproben zu je 2 Gramm mit, von entdeckten und entschärften Bomben aus den Jahren 1997 und 1998.

In Kürze



Trägheit durchbrechen

Vom 1. – 2. Juli findet in Burgdorf unter dem Motto «Die Trägheit durchbrechen» ein antirassistisches Wochenende statt, mit viel Spass, Musik, Film und Information. Organisiert von Jugendlichen aus dem Umfeld des autonomen Burgdorfer Jugendtreffs «El Beledia» sieht das Programm am 1. Juli ab 20.00 Uhr neben Vorträgen zum Thema ein Openair-Kino mit Barbetrieb vor. Am Samstag ab 11.00 Uhr gibt es Infostände, einen Flohmarkt und ein Kinderprogramm, ab 14.00 Uhr sind insgesamt sieben Konzerte u.a. mit den Hiphopern von Chaoze One, der Rockband Troika und dem legendären Ex-Quetschenpaua Old Yok angesagt, der mit seiner Quetsche speziell für diesen Anlass in die Schweiz reist. Die Konzerte sind bis in die Abendstunden Openair, dann werden sie in einer nahegelegenen Turnhalle weitergeführt.

«Die Trägheit durchbrechen», Burgdorf, 1./2. Juli 2005, vor und im «El Beledia», (Kornhausgasse 12, gegenüber Kornhausmuseum). Infos bei www.durchbrechen.ch.vu

60 Jahre Friedensrat

Diesen Herbst feiert der Schweizerische Friedensrat (SFR) den 60. Jahrestag seines Bestehens. Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten findet – nach einem Friedens-Pilgerweg im Dreiländereck am Bodensee anfangs Juli – vom 5. – 7. August im Kinderdorf Pestalozzi in Trogen ein Friedensseminar statt, über Friedensvisionen heute und für die nächste Generation.

Kontakt: SFR, Tel. 044 242 93 21, info@friedensrat.ch. Auf der Webseite des Friedensrates können sowohl zum Pilgerweg wie zum Friedensseminar detaillierte Infos heruntergeladen werden: www.friedensrat.ch

wir sind die schweiz.

kein
miesisch
miesig

SCHLUSS MIT
FREMDENFEINDLICHKEIT
UND BLOCHERPOLITIK

GROSSDEMO 18.6.

14:00, Bern – Waisenhausplatz
www.ohneuns.ch

Wir sind die Schweiz

Alle, die in der Schweiz leben, sind die Schweiz – unabhängig von Herkunft, Pass und Aufenthaltsstatus! Diese Grundhaltung soll an einer gesamtschweizerischen Grosskundgebung zum Flüchtlingstag in Bern bekräftigt werden.

Die Kundgebung, die von einem breiten Komitee getragen wird, findet am 18. Juni ab 14.00 Uhr auf dem Waisenhausplatz in Bern statt.

Kontakt: Solidarités sans frontières (sosf), 031 311 07 70. Nähere Infos und Flugblätter können dort bezogen oder direkt heruntergeladen werden auf: www.ohneuns.ch.

Die 16. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden in Venezuela

Eine andere Welt ist möglich

«Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg und Militarismus», diese Lehren aus dem 2. Weltkrieg führten 1945 zur Gründung des Weltbundes der demokratischen Jugend (WBDJ) und dem Plan Weltjugendtreffen zu veranstalten, damit sich die Jugend kennen lernen kann, internationale Solidarität erfährt, statt von den Herren der Welt in Kriege gegeneinander geschickt zu werden. Bereits 1947 fanden dann in Prag die ersten Weltfestspiele der Jugend und Studierenden statt und im August 2005 wird es unter dem Motto «Für Frieden und Solidarität, wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg» in Caracas zum 16. Mal ein solches Festival geben.

Von Polly Keit

60 Jahre nach dem Sieg über den deutschen Faschismus – braucht es da noch Weltfestspiele?

Mit den Veränderungen der Kräfteverhältnisse in der Welt ist der Imperialismus aggressiver denn je geworden. Wer nicht pariert wird, beispielsweise von den USA, als «Terrorist» attackiert und mit Massenvernichtungswaffen bedroht; die mächtigen Herren der Europäischen Union versuchen Aufrüstung als Verfassungsauftrag festzuschreiben; kein Land in Europa, fast weltweit, in dem nicht versucht wird «Es gibt keine Alternative zum Sozialabbau» durchzusetzen. Die Jugend ist dabei Hauptangriffsziel dieser imperialistischen Offensive. Anstatt in einer friedlichen und solidarischen Welt ihre Zukunft entwickeln zu können, wird Zukunft verhindert, schränken z.B. Studiengebühren den Zugang zu Bildung ein, werden Ausbildungsplätze vernichtet. Demokratische Rechte werden abgebaut, Überwachung verstärkt, Jugendhäuser und Sportvereine etc. werden finanziell ausgeblutet... Diese wenigen Beispiele zeigen deutlich, dass Widerstand heute immer noch Not tut, dass es nicht weniger Gründe gibt, weiterhin gegen den Imperialismus zu kämpfen, für eine andere Welt, für Frieden und Solidarität.

Weltfestspiele in Venezuela

Die Weltfestspiele bieten auch 58 Jahre nach ihrer ersten Durchführung ein wichtiges Forum für die Kräfte, die sich nicht damit abfinden wollen, dass es zum Imperialismus keine Alternative geben soll. In Venezuela findet ein revolutionärer Prozess statt, der sich gegen die imperialistischen Interessen richtet. Die Regierung des Präsidenten Hugo Chavez hat erhebliche soziale Fortschritte erreicht und so beweisen die Menschen dort nun schon seit einigen Jahren, dass es Alternativen gibt zu Sozialabbau und Privatisierung. Venezuela ist dabei zu einem Symbol der Hoffnung für Menschen in aller Welt zu werden. Ein Symbol, das ständig den Angriffen des Imperialismus ausgesetzt ist und über das in unseren Ländern viel zu wenig bekannt ist. Die Durchführung der Weltfestspiele der Jugend und Studierenden in Caracas vom 5. bis 13. August 2005 bietet nicht nur die Möglichkeit, die demokratische Umgestaltung Venezuelas kennen zu lernen, ein Zeichen gegen Imperialismus und Ausbeutung zu setzen und die Solidarität mit dem venezolanischen Volk und seiner Revolution zu demonstrieren, sondern auch mit gleich gesinnten Jugendlichen aus aller Welt Erfahrungen und Ideen auszutauschen. 20'000 Jugendliche und Studierende aus über 150 Ländern werden erwartet.



Infos aus erster Hand an Vorbereitungstreffen

Nachdem in den meisten Nachbarländern schon länger nationale Vorbereitungskomitees aktiv sind, trafen sich am 21. und 22. Mai Jugendliche und Studierende, die in der Schweiz leben, auf Initiative der PdA Schweiz in Bern zu einem ersten nationalen Vorbereitungstreffen. Zunächst wurde über die Idee und die Geschichte des Festivals informiert, denn welcher Jugendliche, welche Studentin verbindet heute etwas mit dem Begriff der Weltfestspiele? Danach stand die Beschäftigung mit dem Gastgeberland auf dem Programm. Der venezolanische Botschafter persönlich berichtete den Teilnehmenden über die bolivarianische Revolution. Der Kampf gegen die Armut und den schlechten Gesundheitszustand der



Hugo Chavez

Bevölkerung bildet den Ausgangspunkt aller Anstrengungen, da nur gesunde Menschen lernen können und ihre Rechte wahrnehmen. So haben heute 17 Millionen Menschen in Venezuela Zugang zu kostenloser medizinischer Behandlung, vor allem dank kubanischer Unterstützung.

Zwölf weitere Missionen kennzeichnen derzeit die Schwerpunkte der Regierung. Im Rahmen der Bildungspolitik ist der Kampf gegen den Analphabetismus zentral. Allen Interessierten wird die Möglichkeit geboten, Lesen und Schreiben zu lernen und danach das Wissen zu erwerben, das der Grundschule entspricht. Es wurden u.a. zwei Millionen Kisten mit je 25 Büchern internationaler AutorInnen gratis als Familienbibliothek an Kinder verteilt. Eine weitere Mission dient der Vorbereitung des Arbeitslebens und ermöglicht allen, die wollen, den Erwerb der Hochschulreife. Stipendien, die vielen erst den Besuch der bolivarianischen Universität gestatten, bilden einen Schwerpunkt einer anderen Mission. Die Inhalte der Missionen reichen ansonsten u.a. von der Nahrungsversorgung der Bevölkerung, über die Schaffung produktiver, sinnvoller Arbeit, von würdigen Wohnmöglichkeiten, über die Gleichberechtigung der indigenen Bevölkerung, bis zu nachhaltiger Entwicklung und der Legalisierung von Sans-Papiers.

All dies wollen die Jugend und die Regierung Venezuelas den Jugendlichen und Studierenden aus der ganzen Welt im Rahmen der Weltfestspiele gerne genauer präsentieren. Da die bolivarianische Bevölkerung und ihre

Revolution permanent durch den Imperialismus bedroht sind, versprechen sie sich von den Weltfestspielen zusätzlich ein weltweites Echo und eine Verstärkung der internationalen Solidarität.

Schweiz wird vertreten sein

Zum Abschluss des Wochenendes machten Teilnehmer früherer Festivals mit ihren Berichten noch mehr Lust darauf, auch in der Schweiz die Vorbereitung der Weltfestspiele zu beginnen und diese Idee weiter zu verbreiten. Zur weiteren Koordinierung der Arbeit wurde daher ein Vorbereitungskomitee gewählt.

Die Diskussion hat den Anwesenden und dem Komitee folgende Aufgaben gestellt: politische und kulturelle Veranstaltungen in der Schweiz

3. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden 1951 in Berlin

Wärme im Kalten Krieg

400 Jugendliche aus der Schweiz reisten 1951 unter widrigsten Umständen an das 3. Weltjugendfestival nach Berlin (siehe Bericht von Louise Stebler, UNSE-RE WELT 1/05). Unter den jungen Schweizerinnen und Schweizern befand sich auch der nachmalige langjährige Basler Grossrat Hansjörg Hofer. Für die UW kramt er in seinen reichen Erinnerungen.

Von Hansjörg Hofer

Der kapitalistische Westen hatte nach dem 2. Weltkrieg den «kalten Krieg» eröffnet und sehr aktiv geführt. Um den bedrohten Frieden zu retten und zu stabilisieren organisierte der «Weltbund der demokratischen Jugend», eine Sammelorganisation vieler Jugendvereine und Bewegungen, die Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden, kurz Weltjugend-Festival genannt.

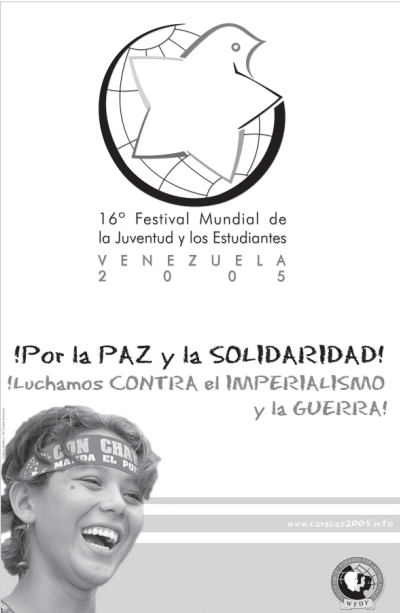
Das erste Festival fand 1947 in Prag statt, das zweite 1949 in Budapest und das dritte Festival war 1951 in Bukarest vorgesehen. Da geschah etwas Unerwartetes, Neues. Die deutsche Jugend in Ost und West protestierte gegen die Nichterfüllung und Nichteinhaltung des «Potsdamer-Abkommens» durch den Westen, der einseitig und sehr konsequent die Spaltung von Deutschland voran trieb. An Pfingsten 1950 führte die «Freie deutsche Jugend» (FdJ) in Berlin ein Deutschland-Treffen der Jugend durch, das einen grossen Erfolg hatte. Eineinhalb Millionen Blauhemden aus West und Ost demonstrierten für Frieden und Einheit. Am Pfingstmontag schrieb eine St. Galler Zeitung:

«Man kann es drehen und wenden wie man will, Deutschlands Nachkriegsjugend wird unter der roten Fahne gesammelt.»

Der Weltbund reagierte sofort und verlegte das dritte Festival nach Ost-Berlin. Aber auch der Westen blieb nicht tatenlos und errichtete um Berlin einen «Cordon sanitaire» und sperrte mit Polizei und der US-Armee rigoros die Grenze. Die NZZ schrieb dazu: «Gerade diese Absperrmassnahmen festigten in vielen Jugendlichen den Entschluss, die geschlossenen Grenzen heimlich zu überschreiten. (...) Ich lernte Mädchen kennen, die 60 Kilometer gelaufen, Burschen, die stundenlang geschwommen waren, um sicher über die Grenzen zu kommen.» (NZZ, 8. Sept. 1951)

Die Schweizer-Delegation bestand aus 400 Teilnehmern. Wir mussten über Österreich und die Tschechoslowakei nach Berlin fahren, wurden in Buchs lange aufgehalten und von der Bupo schikaniert und erreichten mit einiger Verspätung Berlin.

«Mit Beginn der russischen Zone hörten alle Behinderungen auf», ver-



zu organisieren, um weitere Jugendliche über die Idee der Weltfestspiele zu informieren und für eine Teilnahme zu gewinnen. Entsprechend der Grundidee des Festivals sind alle Ju-

merkte die NZZ, die einen Korrespondenten in die Schweizer Delegation geschmuggelt hatte. «Im russischen Machtbereich wurde die Fahrt zu einem bombastischen Triumphzug. (...) Auf allen Stationen empfingen uns Musikkorps und Volkstanzgruppen; Körbe mit Brötchen und Gipfeln, Apfelsäfte und süsse Getränke wurden uns gereicht. Je mehr wir uns Berlin näherten, je üppiger wurde die Szenerie.» (NZZ, ebenda)



Unser Autor (rechts) 1951 in Berlin, zusammen mit Freunden aus Österreich.

Das Berliner-Festival im August 1951 war dann ein gewaltiger Erfolg. Jugendliche aus aller Welt und allen Ländern waren gekommen, um für den Frieden und gegen den kalten Krieg zu demonstrieren.

Die Organisation des Festivals war grossartig, was auch die NZZ konstatierte: «Wir (...) lebten in Berlin wie Fürsten. Alles war mit bekannter deutscher Gründlichkeit organisiert worden. (...) In farbig beschrifteten Papiersäcken erhielten wir jeden Morgen eine Flasche Milch, vier Stück Halbweissbrot, ein hartes Ei, einen Zipfel Wurst, ein Töpfchen Butter und ein Töpfchen Konfitüre. (...) Der Ausweis, der uns anstelle des Passes ausgehändigt wurde, berechnete zu unbeschränkten Gratisfahrten auf allen Verkehrsmitteln und öffnete den Zutritt zu allen Veranstaltungen und Ausstellungen.» (NZZ, ebenda)

gendlichen und Studierenden, die sich in der Schweiz bewegen, für ihre Rechte eintreten und ihre Zukunft aktiv gestalten wollen, angesprochen. Daher sollen auch weitere Gespräche mit anderen Organisationen geführt werden, um den Unterstützungskreis zu erweitern. Weiter soll das Komitee Ideen entwickeln, wie die Information über und Solidarität mit Venezuela in der Schweiz verbreitert werden kann, wie die Delegation nach Venezuela organisiert wird. Nicht zuletzt sind auch Ideen für die Spendensammlung zum internationalen Solidaritätsfond gefordert, der Jugendlichen aus armen Ländern die Teilnahme am Festival ermöglichen soll. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Schweizer Delegation werden nach ihrer Rückkehr aus Caracas von ihren Erfahrungen berichten.

Weitere Infos zu den Jugendfestspielen und Anmeldemöglichkeiten auf der Webseite pda.weltfestspiele.ch oder per mail: weltfestpiele@pda.ch.

Erstaunt zeigte sich unser Kronzeuge von der NZZ auch über seine Bewegungsfreiheit: «Ein Zwang, an irgendwelchen Veranstaltungen teilzunehmen, bestand nicht. Ich machte während der ganzen vierzehn Tage immer, was ich wollte, ohne irgend jemandem Rechenschaft abzulegen. (...) Ich holte im Westsektor die NZZ und andere verbotene Zeitungen und scheute mich nicht, sie im Ostsektor offen zu lesen. Ich sagte immer meine Meinung. Aber nie wurde ich wegen meiner Haltung behelligt; ich hörte höchstens erstaunte Fragen, wenn ich auf die offizielle, stereotype Begrüssungsformel «Freundschaft» mit «Grüss Gott» antwortete. Ich frag-

te mich, welche Wirkung es gehabt hätte, wenn Zehntausende von meiner politischen Einstellung die Gelegenheit ergriffen hätten, der östlichen Jugend in dieser Haltung entgegenzutreten.» (NZZ, ebenda) Statt dessen versuchte der Westen verzweifelt, in Brüssel eine Gegendemonstration aufzuziehen, scheiterte aber kläglich.

Wir Schweizer zeigten ein gutes Folklore- und Nationalprogramm, das Anerkennung fand. Am Schluss mussten wir wieder über die CSSR und Österreich in die Heimat zurückkehren. Dort stellten die Teilnehmer mit grossem Erstaunen fest, dass die Bupo alle Pässe fotokopiert hatte, und dass die Kopien den Arbeitgebern und Lehranstalten zugestellt worden waren... Das konnte uns aber nicht erschüttern. Wir hatten ein grossartiges Erlebnis gehabt, das uns bis heute in Erinnerung geblieben ist.

Nahost-Experte Zumach am Ostermarsch für Frieden und Abrüstung 2005

Unser Bewusstsein schärfen

Am Oster-Vorwochenende war es wieder soweit: Aktivisten und Engagierte aus der Oberrhein-Region Nordwestschweiz-Südbaden-Elsass trafen sich in Basel zur Dreiländer-Friedenskundgebung, wie der Basler Ostermarsch seit einigen Jahren genannt wird.

Von Matthias Goldschmidt

Das Friedenstreffen stand ebenso wie letztes Jahr – die politische Situation hat sich ja nicht verändert – unter dem Motto: «Gegen die Besatzung Iraks und Palästinas – Völkerrecht statt Faustrecht». Die Forderungen waren: «Visionen für eine Welt des Friedens, Wege ziviler Lösungen: Gegen die Besatzung Iraks und Palästinas – Abrüstung statt Sozialabbau – für eine aktive Friedenspolitik» Diese Losungen waren durch ein gemeinsames Komitee aus 20 beteiligten friedenspolitisch aktiven Organisationen im Laufe einer mehrmonatigen Vorbereitungsphase erarbeitet und als Aufruf verbreitet worden.

Neben SFB und GSoA hatten auch die Vereinigung Schweiz-Kuba, das Palästinakomitee Basel, die Rifondazione Comunista und einige andere ihre Informationsstände im Unionsaal aufgestellt. Trotz dieser Vielfältigkeit, die teilweise sogar etwas kontradiktorisch war – ging es doch von absolutem Pazifismus «ohne Waffen» bis zum bewaffneten Kampf für Unabhängigkeit und Gerechtigkeit, gegen Okkupation und imperialistische Bedrohung – setzten sich alle gemeinsam für das Hauptanliegen des Friedenstreffens ein: «Völkerrecht statt Faustrecht».

Der brillante Hauptredner, Andreas Zumach, Journalist und UNO-Korrespondent von Genf, informierte das gespannt zuhörende Publikum in seinem sehr gut dokumentierten Vortrag: «Droht ein neuer Krieg? Zur Situation in und um Irak, Palästina, Libanon, Syrien, Iran und Afghanistan». Anschliessend fand dann eine lebhafte Frage- und Diskussionsstunde mit dem Redner statt.

Zumach zitierte u.a. Zbigniew Brzezinski, einen der härtesten Falken und Kalten Krieger der US-amerikanischen Aussenpolitik. Dieser sagte in einem Interview für die US-Zeitschrift «The American Spector» (nachgedruckt in der deutschen Wochenzeitung «Der Freitag» von Anfang März 2005):

«Bush hat das amerikanische Volk ... in die Irre geführt, drastischer könnte man sagen: belogen! ... Wenn die Iraker klug sind und unseren Abzug verlangen, und wenn wir unsererseits so intelligent sind, dass wir das dann auch tun, dann bleibt dennoch die Tatsache, dass die Operation Irak ... die weltweite Glaubwürdigkeit Amerikas in erheblicher Weise unterminiert hat. Noch mehr hat sie uns moralisch kompromittiert. Sie hat uns die Grenzen der Fähigkeit gezeigt, mit politischen Konflikten militärisch umzugehen. Sie hat zig Milliarden Dollar mehr gekostet als ursprünglich behauptet.»

Oberwasser hätten gemäss Zumach zur Zeit jedoch nicht «Gemässigte» wie Brzezinski, sondern jene Leute, die den Krieg gegen Irak seit mindestens Ende der Neunziger Jahre vorbereitet und gewollt haben, die Neokonservativen.

Zumach (gekürzt, nach einem Tonbandprotokoll der Veranstaltung): «Der Irak-Krieg ist das aussenpolitische Vermächtnis der Neokonservativen. Lange vor den Anschlägen vom 11. September 2001 arbeiteten sie auf den Sturz Saddam Husseins hin.

Richard Perle, einer der wichtigsten Köpfe der Neokonservativen, Vize-Verteidigungsminister schon unter Ronald Reagan in den Achtzigern, hat zusammen mit 6 anderen Männern, die heute alle als führende Neokonser-

vative bekannt sind, darunter Rumsfeld, Wolfowitz und Douglas Feith, 1996 das Dokument «A Clean Break» geschrieben, ein Beratungspapier für den damals gerade frisch gewählten israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu. Darin heisst es:

«Es geht darum, die israelische und amerikanische Vorherrschaft im Nahen Osten wiederherzustellen, neu zu befestigen und sicherzustellen im 21. Jahrhundert.» Der erste Schritt zur Realisierung dieses Programms, der in diesem Dokument empfohlen wird: der Sturz Saddam Husseins.

Dieses Papier, das mittlerweile bereits 9 Jahre alt ist, liest sich heute wie ein Blaupause für die Entwicklung, die seitdem tatsächlich begonnen hat! ...

Zum Irak. Eines ist sicher: Je länger die Besatzung anhält, je länger die Unsicherheit im Lande anhält, je länger die destabilisierte Lage anhält, desto mehr Zulauf werden natürlich radikale Kräfte bekommen, und das auf allen Seiten.

Die anhaltende Besatzung ist weiterhin das grösste Problem, insbesondere, dass mit Dekreten, etwa 100 an der Zahl, die USA und die Briten weitreichend hineinregieren in ganz wichtige Bereiche der irakischen Gesellschaft, des Alltagslebens, der Wirtschaft, der Politik. Die wichtigsten Dekrete betreffen die Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaft und der öffentlichen Dienstleistungen, selbst der Wasserversorgung – mit katastrophalen Folgen für die verarmte Mehrheit des irakischen Volkes!

Dann zweitens die Verordnung zur dauerhaften Überlassung von zunächst 6, inzwischen sind es sogar 10, militärischen Basen an die USA. Diese sollen selbst nach einem etwaigen Rückzug der heutigen Besatzungskräfte den Amerikanern zur Verfügung stehen.

Und das ist drittens die Tatsache, dass in sämtlichen der 25 Ministerien in Bagdad hinter dem jeweiligen irakischen Minister ein US-amerikanischer Generalinspekteur sitzt, der die eigentliche Kontrolle ausübt. Und dieses Modell ist angelegt bis auf mindestens 2009!

Und von dieser Art «irakischer Selbständigkeit» gibt es wie gesagt nicht weniger als 98 Dekrete, die ganz konkret das Leben in diesem Land bestimmen. Da ist es sonnenklar, dass man, solange sie existieren, von einer Unabhängigkeit und Souveränität des Irak nicht reden kann, selbst wenn – nehmen wir einmal an – die Besatzungstruppen morgen abgezogen würden.

Mit jedem Tag, den die Besatzung andauert, ist eine Alternative schwieriger vorstellbar geworden. Ob heute noch das Modell funktionieren würde, nach einem vollständigen Abzug der Besatzungskräfte zunächst einmal eine internationale Sicherungstruppe mit UNO-Mandat im Land zu stationieren bis dann tatsächlich freie und geheime Wahlen stattgefunden haben? Die Chancen dazu waren jedenfalls im Mai 2003 bedeutend grösser und haben mit jedem Tag der Besatzung abgenommen.

Aber selbst heute – und das ist meine These – wäre es immer noch das vergleichsweise bessere Modell als die Fortsetzung der derzeitigen Besatzung mit bisher unbegrenztem zeitlichen Ausgang....

Palästina: Ich bin hier eher skeptisch. Ich wünschte, ich würde mich täuschen, aber ich fürchte, wir werden

nicht viel mehr erleben als eine vielleicht etwas längere Waffenruhe als es die letzten Waffenruhen waren. Was wir hier bräuchten, ist eine Politik sowohl der USA, aber vor allem auch der EU, die ganz klar sagt: Ein dauerhafter Frieden zwischen Israelis und Palästinensern ist nur möglich, wenn es einen Rückzug gibt hinter die Grenzen von 1967. Ich halte dies für die *conditio sine qua non*.

Drittens: Iran. Neuer Krieg? Es gibt ja da aus Washington nicht nur harsche Töne, sondern auch Anzeichen von Kriegsvorbereitungen... Es gibt sehr klare Äusserungen aus der zweiten, dritten, vierten Reihe der Administration in Washington, die sagen: «Wir werden früher oder später militärisch gegen Iran vorgehen.» In der ersten Reihe – Bush, Rice – herrschen im Moment moderatere Töne vor, die den Eindruck erwecken, man sei auf die Linie der EU eingeschwenkt und bevorzuge jetzt eine diplomatische Lösung.

Ich möchte diesem in unseren Medien verbreiteten Bild widersprechen. Um das Ganze zu verstehen, muss man nicht nur einen Blick in die jüngste Geschichte werfen, sondern man muss sogar um 50 Jahre zurückgehen. Wir müssen erstens wissen und verstehen, dass das amerikanisch-iranische Verhältnis schwer belastet ist und dass vor allem die Iraner seit Anfang der 50er Jahre in mehrfacher Hinsicht traumatisiert waren.

Das erste Trauma war natürlich der Sturz der demokratischen Regierung Mossadegh im Jahre 1952 durch die CIA und den britischen Geheimdienst MI-6 und die nachfolgende blutige Diktatur des Schahs, die in den folgenden 27 Jahren vom gesamten Westen aufgerüstet und unterstützt wurde.

Das zweite Trauma, diesmal auf amerikanischer Seite, war die Besetzung der US-Botschaft in Teheran respektive die missglückte Militäroperation zur Befreiung der Geiseln.

Dann gibt es drittens die Erfahrung des Iran, 1980 vom Irak angegriffen worden zu sein, also einen Krieg erlitten zu haben, in dem der ganze Westen Saddam Hussein unterstützt hatte. Saddam Hussein setzt in diesen 8 Jahren 63 mal Chemiewaffen ein, mit verheerenden Folgen für iranische Soldaten und Zivilbevölkerung, und er tut dies in jedem der 63 Fälle mit ausdrücklicher Unterstützung des Pentagon. Iran hat sich in diesen 8 Jahren zig Mal an den UNO-Sicherheitsrat gewandt und gemahnt, dass dies ein Verstoß gegen internationale Abkommen ist, gegen das Verbot von Chemiewaffen, das seit 1925 gilt. Doch der UN-Sicherheitsrat hatte kein Gehör für die iranischen Klagen. Das heisst, um es einmal so auszudrücken, es gibt auch eine ziemlich belastete Erfahrung Irans mit internationalen Abkommen und Rüstungskontrollverträgen.

Der vierte Punkt: Seitdem die Bush-Administration zum ersten Mal an die Macht kam, also im Jahre 2001, gibt es klare Signale der Bedrohung aus Washington. Das fing schon damit an, dass Bush im Januar 2002 Iran zusammen mit Nordkorea und Irak auf die Liste der «Achse des Bösen» setzte. Dann gab es zweitens diverse Pentagon-Dokumente, in denen Iran neben anderen «Schurkenstaaten» ausdrücklich als Ziel für militärische «Präventivschläge» inklusive des möglichen Einsatzes von atomaren Waffen bezeichnet wird. Drittens dann die bekannte Nationale Militärstrategie der USA vom September 2002, wo ausdrücklich Länder wie Iran genannt werden wegen «Unterstützung von Terrorismus», wegen «Entwicklung von Massenvernichtungswaffen» – wiederum als legitime

Ziele «präventiver Militärschläge» der USA.

Und schliesslich natürlich der Irak-Krieg selber: Die Erfahrung, dass US-Soldaten jetzt auch im Irak sind, mit dem der Iran eine mehr als 1000 Kilometer lange Grenze hat, nachdem es bereits feste und auf Dauer angelegte amerikanische Militärbasen in Afghanistan sowie in drei ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken gibt, die ebenfalls an Iran angrenzen. Dass damit in Teheran der Eindruck von Einkreisung entstanden ist, kann man glaube ich durchaus nachvollziehen...

Der derzeitige Direktor der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA, Mohamed Baradei, hat einen sehr vernünftigen Vorschlag gemacht: Lasst uns die für zivile Atomanlagen benötigten Spaltstoffe – solange sie überhaupt noch gebraucht werden – unter internationaler Aufsicht zentral produzieren und dann – strengstens kontrolliert – an alle diejenigen Länder abgeben, die sie tatsächlich für ihre Atomanlagen brauchen. Damit wäre die Urananreicherung jedem nationalen Missbrauch entzogen. Es wäre sehr gut möglich, dieses in einem Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag zu vereinbaren. Ein Zusatz-

protokoll, das noch engere Kontrollen ermöglichen würde. Die Forderung jedoch, selektiv auf den Iran gemünzt, auf etwas zu verzichten, das im Rahmen und bei Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages völlig legitim ist – ist eine diplomatische Sackgasse.

Jedenfalls gibt es in der Bush-Administration weiterhin starke Kräfte, die trotz der Bindung grosser Landstreitkräfte im Irak für einen «Einsatz» im Iran plädieren, obwohl schon seit längerem von seiten der obersten US-Militärs massivste Bedenken dagegen angemeldet wurden. Sie berufen sich dabei insbesondere auf die Negativerfahrung im Irak. Doch eben das wird von den eigentlich treibenden Kräften für das Irak-Abenteuer gerade nicht als Negativerfahrung beurteilt. Und damit sind wir wieder bei der Hauptgefahr für die heutige Welt.

Es ist sehr wichtig, diese Gefahr, diese Politik Washingtons, klar zu analysieren und scharf zu kritisieren, die Kritik ins öffentliche Bewusstsein zu heben, dazu beizutragen, dass sich unsere Regierungen aufgrund der öffentlichen Meinung dieser Politik auch wirklich widersetzen.»

Otto Steiger zum Gedenken

Menschenfreund

Am 10. Mai 2005 ist der Schweizer Schriftsteller Otto Steiger nach kurzer Krankheit im 96. Lebensjahr verstorben.

Von Stephan Hofer

Otto Steiger war ein anerkannter Schriftsteller, der seit den 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ein grosses Oeuvre bestehend aus zahlreichen Romanen und Jugendbüchern geschaffen hat. Manche seiner Bücher sind in viele Sprachen übersetzt worden. So sind einige seiner Romane in grossen Auflagen in der Sowjetunion erschienen.

Otto Steigers Bücher sind durchdrungen von seinem Interesse und seiner Sympathie für die Menschen, denen es im Leben nicht so gut geht, die anecken und die sich wehren und strampeln müssen, um nicht unter die Räder zu geraten.

Immer wieder hat sich Otto Steiger eingesetzt gegen Krieg und Unterdrückung. Er hat Stellung genommen gegen den Krieg, den die USA in Vietnam geführt haben, und er hat den Kampf gegen die Hochrüstungspolitik der USA und der NATO stets unterstützt. Seine Solidarität galt immer auch den Völkern, die sich auflehnten gegen Unterdrückung und Ausbeutung.

Otto Steiger war nicht Kommunist, aber er hat sich geweigert, einzustimmen in den Chor der antikomunistischen Hetzer. Weil er in der schlimmsten Zeit des kalten Krieges auf Einladung des sowjetischen Schriftstellerverbandes die Sowjetunion besucht hat und nicht bereit war, diesen Staat als das Reich des Bösen zu verteufeln, ist er selbst ins Visier der Einpeitscher der antikomunistischen Hetze geraten. Diese für ihn schwere Zeit hat Otto Steiger durchgestanden mit dem Charakter, mit dem Mut und der gradlinigen Standhaftigkeit, die ihn Zeit seines Lebens ausgezeichnet haben, wobei er auch schwerwiegende wirtschaftliche Nachteile in Kauf genommen hat.

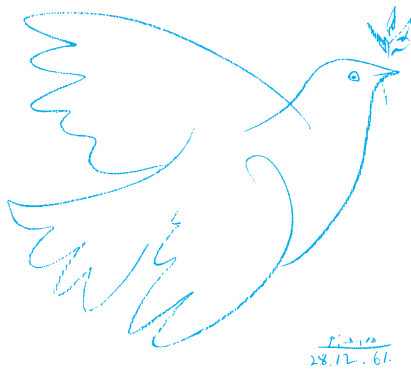
Trotz der verlogenen Bösartigkeit, die er erleben musste, war Otto Steiger nie verbittert. Seinen Humor und seine lebensbejahende Haltung hat er immer bewahrt.

Bis ins hohe Alter war Otto Steiger körperlich rüstig und geistig voll präsent und leistungsfähig. Vor kurzer Zeit noch hat er als Schriftsteller gearbeitet, Bücher geschrieben.



Otto Steiger, geboren am 4. August 1909 in Utendorf bei Thun (Kanton Bern), in Bern aufgewachsen. Ab 1928 in Paris, wo er 1930 das Gymnasium abschloss und ein Romanistik-Studium aufnahm, doch wieder abbrach; Gelegenheitsarbeiten. 1936 kehrte er in die Schweiz zurück und trat als Redaktor und Nachrichten-Sprecher in Dienst der Schweizer Depeschensagentur. Während des Zweiten Weltkriegs amtierte er als offizielle Nachrichten-Stimme der Schweizer Regierung beim Radio. Im Frühjahr 1943 Rücktritt von dieser Funktion und Gründung einer privaten Handelsschule in Zürich, deren Leitung er 1954 abtrat, ab 1955 Leiter eines Handelsunternehmens. 1952-57 Präsident des Zürcher Schriftstellervereins. 1970-74 Vizepräsident des Schweizer Schriftstellerverbandes. 1974 Mitbegründer der Urheberrechtsgesellschaft ProLitteris und erster Präsident bis 1984. 1974-81 Stiftungsrat der Schweizerischen Schillerstiftung. 1981/82 Präsident des Deutschweizer PEN-Zentrums. Ab 1975 freiberuflicher Schriftsteller und streitbarer Kolumnist. Foto: Unionsverlag Zürich
Antiquarische und neue Bücher von Otto Steiger sind erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, Postfach, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch



Unsere Welt



Jahrestagung '05 der SFB. Die scheidende SFB-Sekretärin Fränti Genitsch verliest den Jahresbericht.

54. Jahrestagung der SFB

Frische Kräfte finden

Am 10. April fand in Basel die 54. Jahrestagung der Schweizerischen Freidensbewegung SFB statt. Sie stand unter dem Zeichen eines organisatorischen Wechsels: Einerseits wurde Fränzi Genitsch nach sechsjähriger Tätigkeit von den Anwesenden mit herzlichem Applaus als Sekretärin verabschiedet, andererseits wurde erstmals formell ein mehrköpfiges Sekretariat gewählt, dem nun Ruedi Moser aus Basel vorsteht. Nachfolgend leicht gekürzt der von Fränzi Genitsch vorgelegte Jahresbericht.

Von Fränzi Genitsch

Unsere Aktivitäten im Jahre 2004:

- Martin Schwander hat an der Jahrestagung vom 14. März zusammen mit seinem Sohn Florian über die Situation in Palästina berichtet. Er hat mit einer Journalistendelegation Israel und Palästina besucht und war vor allem vom Mauerbau der Israelis schockiert. Mit beeindruckenden Bildern hat er uns das Gesehene und Erlebte weitervermittelt. Florian hat uns zu Beginn über die historischen Hintergründe informiert.
- Am 3. April fand im vergangenen Jahr auf dem Theaterplatz unsere jetzt schon zur Tradition gewordene Osterfriedenskundgebung statt. Zuerst führte uns ein Demonstrationszug vom Bahnhof SBB via Freie Strasse und Barfüsserplatz zum Theaterplatz. Die Kundgebung stand unter dem Moto «Gegen die Besatzung Iraks und Palästinas!» und «Völkerrecht statt Faustrecht». Viele Stände von verschiedenen Friedensorganisationen aus dem Dreiland schmückten den Platz. Wir konnten Rainer Rupp aus Saarbürg gewinnen für das Hauptreferat. Für Unterhaltung sorgte die Jazz Band Bridge Pipers. Das Wetter hat dieses Mal sehr gut mitgespielt. Es war sonnig, aber nicht zu heiss. Leider hat die Teilnahme an der Kundgebung im Vergleich zum Vorjahr stark abge-

nommen. Der Krieg im Irak ist für viele schon Vergangenheit. Demonstriert wird halt nur, wenn gerade akut ein Krieg droht, denken sich viele. Trotzdem hat sich die Osterkundgebung gelohnt.

- Im November und Dezember beteiligte sich die SFB wiederum an der Solidaritätskampagne «Olivenöl für Palästina». Die Aktion war ein grosser Erfolg. Die Leute warten im Herbst schon ungeduldig auf das Öl. Die Lage in Palästina ermutigt immer mehr Menschen dazu, ihre Solidarität mit dem unterdrückten palästinensischen Volk zum Ausdruck bringen zu wollen. Sie kaufen das Öl nicht nur, weil es sehr gut ist. Die SFB hat in Basel zusammen mit der Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt Öl und Gewürz verkauft.
- Unsere Petition an den Bundesrat für den Austritt der Schweiz aus «Partnership for Peace» läuft immer noch weiter. Sie ist aktueller denn je, denn mit der Armee XXI bewegt sich unser Land immer mehr Richtung NATO. Die Landesverteidigung kann nicht mehr allein gewährleistet werden. Die Schweizer Armee soll eine mobile Einsatztruppe für Krisengebiete werden. Im Ernstfall wäre die Schweiz auf die Hilfe der NATO angewiesen. Sie wäre von der NATO abhängig, könnte sich also gegen die NATO sicher nicht mehr wehren. Die-

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Marta Martin,
Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberbürg
Druck: Bubenbürg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis — Exemplare
«UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

ses Thema sollten wir vielleicht einmal genauer betrachten und analysieren.

- Das Sekretariat und die Redaktion der UW haben im letzten Jahr viermal getagt und die Aufgaben der SFB so gut wie möglich erfüllt. Leider waren wir an diesen Sitzungen jeweils nur sehr Wenige. Unsere Aktivitäten sind aus Kräftegründen eingeschränkt. Unsere Hauptarbeit und Hauptaufgabe ist im Moment die Herausgabe der UW und die Organisation der Osterfriedenskundgebung.
- Unsere Zeitung «Unsere Welt» ist im 2004 leider nur mit drei Nummern herausgekommen. Wir waren aus finanziellen Gründen nicht in der Lage die Zeitung vier Mal erscheinen zu lassen. (...) Es wäre fatal, wenn wir auf die Herausgabe der UW verzichten müssten, denn diese Zeitung ist ein wichtiges Instrument in unserer Arbeit. Wir können viele Informationen liefern, die man sonst nicht so leicht finden kann. Das wird von unseren Lesern auch sehr geschätzt und immer wieder betont. Wir können mithelfen zu erklären, woher die Kriegsgefahr kommt, wer die Kriegstreiber sind und was für Gründe und Machtbestrebungen zu Kriegen führen. Es gibt viele Friedensgruppen und friedliebende Menschen. Unsere Aufgabe ist es, diesen Menschen Erklärungen zu liefern, damit sie die nötigen Schlüsse ziehen können. (...)
- Da wir unsere Jahrestagung in diesem Jahr relativ spät abhalten und unsere Osterkundgebung sehr früh stattfand, möchte ich hier auch schon darüber berichten. Am 19. März 2005 fand unsere Osterkundgebung dieses Jahr als Saalveranstaltung im Union statt. Die Kundgebung wurde von 20 Organisationen aus der Schweiz, Deutschland und Frankreich unterstützt. Wir konnten als Referenten den Uno-Journalisten und Nahost-Kenner Andreas Zumach gewinnen, der die über hundert Anwesenden mit seinem interessanten Referat in seinen Bann zog. (...)

Volksbewegung vonnöten

Wir müssen versuchen, mit den wenigen Kräften, die wir noch haben, so zu haushalten, dass wir die Schweizerische Friedensbewegung am Leben erhalten können. Wir müssen unsere Kräfte schonen, für Zeiten, wo unsere Arbeit und unsere Erfahrung wieder mehr gefragt und benötigt wird. (...) Es braucht eine Volksbewegung, eine Initiative, die aus aktuellem Anlass entsteht, um die Massen zu mobilisieren. Und wenn eine solche Situation eintritt, dann braucht es Organisationen wie die unsere, die über einen Apparat und Einsatzbereitschaft verfügen und auf eine jahrzehnte lange Erfahrung zurück blicken können. Darum dürfen wir nicht aufgeben, sondern wir müssen uns bereit halten, für Zeiten, wo unermüdliche Friedenskämpfer, wie wir sie in unseren Reihen haben, unabkömmlich sind. (...)

Das einstimmig gewählte Sekretariat: Ruedi Moser (Leitung); Fränzi Genitsch, Matthias Goldschmidt, Christoph Jäggi, Flavio Küchler, Martin Lötscher, Martin Schwander, Louise Stebler

Wechsel im SFB-Sekretariat

30 Tage im Amt

Nein dies ist kein Bericht über den neuen Papst (wir sind zwar etwa gleich lang im Amt, aber ich habe zwei erwachsene Kinder und bin verheiratet). Die Redaktion hat lediglich gebeten, dass ich mich als neuen Sekretär der schweizerischen Friedensbewegung selbst vorstelle. Dies ist wirklich schwierig, nicht einmal der Papst musste dies tun.

Nun mit 52 Jahren bin ich jünger als er, wurde aber mit Sicherheit vor ihm fichtiert. Als 13-jähriger Knabe nahm ich an einem Kinderferienlager der Jungen Pioniere im Tessin teil. Der Bupo genügte dies, um meine Fiche zu eröffnen. Schon damals kannte ich den Mitbegründer der Schweizerischen Friedensbewegung Hans (Joe) Stebler, er wurde zu einem meiner Vorbilder (politisch und persönlich). Er ist es bis heute geblieben.

Nach meinem Berufsabschluss zum Werkzeugmacher hatte ich meine erste eigene Erfahrung mit der Armee. Acht Wochen Rekrutenschule während des Vietnamkrieges führten zur Militärdienstverweigerung und zu sieben Monaten Gefängnis (strafverschärfend wurde ich noch aus der Armee ausgeschlossen).

Beruflich habe ich mich im Laufe der Jahre verändert. Bis vor kurzem war ich Geschäftsleiter und Verwaltungsrat einer kleinen Treuhändgesellschaft und habe dort Buchhaltungen geführt und Liegenschaften verwaltet. Politisch bin ich meiner Überzeugung jedoch treu geblieben. Marx



Ruedi Moser, neuer SFB-Sekretär

hat, trotz dem Zusammenbruch des Ostblockes, recht behalten. Für mich Grund genug, um weiterhin aktiv für Frieden und Gerechtigkeit zu kämpfen und aus Erfahrungen zu lernen.

Als Hauptaufgabe der nächsten Zeit werde ich mich für die Verbreitung und Finanzierung der UW einsetzen. Und zusammen, mit dem an der Jahrestagung neu gewählten Sekretariat, sollte es uns gelingen die bestehenden Kontakte weiter auszubauen und vermehrt Bündnisse für den Frieden zu schaffen. Sei es für gemeinsame Veranstaltungen oder Solidaritätsaktionen. Auch wenn es manchmal so aussieht, als ob die ganze Welt spinnt, ich glaube an eine friedliche Zukunft und setze mich dafür ein.

Ruedi Moser

Elsässer bei der SFB

Von Antoinette Mächtlinger

An der Jahrestagung der SFB stellte Jürgen Elsässer sein neues Buch über Herkunft und Rolle der islamistischen «Gotteskrieger» in den 1990er Jahren auf dem Balkan vor. Über das Buch selbst haben wir bereits in UW 1/05 berichtet. Hier seien nur die Ausführungen zu drei Themen, die direkt den Balkan betreffen, zusammengefasst.

- Warum hört man nie von «normalen», nicht radikalen Moslems in Bosnien?
- Es sind leider die Radikalen, die – z.T. dank Waffen- und Drogenhandel – über sprudelnde Geldquellen verfügen und von der Aufmerksamkeit der westlichen Medien profitieren.
- Wie kommt es, dass die europäische Linke sich kaum für die Liaison Gotteskrieger/USA/Nato interessiert?
- In der Wahrnehmung der Linken geht es um einen Kulturkrieg zwischen dem Islam und dem Westen, der verkörpert wird durch «Idealgegner» wie Bush. Wenn die Grenzen zwischen Freund und Feind sich verwischen, wird es kompliziert. Das zeigt sich zum Beispiel in der Haltung der europäischen Linken gegenüber den tschetschenischen Terroristen.

- Aus welchen Gründen wandte sich die Politik Europas und der USA ausschliesslich gegen Serbien? Ursprünglich waren es nur Deutschland und Oesterreich. Die Gründe zu ihrem Verhalten sind noch im Gruselkabinett des zweiten Weltkriegs zu suchen und wurden von den übrigen westlichen Regierungen nicht akzeptiert. Erst ab 1992 schwenkten diese auf die deutsche Linie ein.
- Serbien war der wirtschaftlich und politisch starke Kern Jugoslawiens; es hatte ein Interesse daran, das Land zusammenzuhalten. Es hätte für den Westen zum Konkurrenten werden können, indem es östliche Märkte beliefert hätte. Milosevic, der alle Wahlen gewonnen hatte, stand zudem für gewisse Reste des Sozialismus, die Gesetze seines Landes erlaubten keine volle Privatisierung. Jugoslawien durfte kein Modell des «Antikapitalismus» werden.
- Wer zu solchen Themen fundierte Recherchen und exakte Quellen sucht, dem sei Jürgen Elsässers Buch wärmstens empfohlen.

Jürgen Elsässer, Wie der Dschihad nach Europa kam, 240 S., 19.80 Euro, im Verlag der Niederösterreichischen Presse.